



PRÄSIDENT DMITRIJ MEDWEDJEW KSE, ATOMWAFFEN UND RAKETENABWEHR DAS ENDERGEBNIS DER DUMAWAHLEN

■ BIOGRAPHIE		
Der Kandidat		2
■ PRESSESTIMMEN		
Zu Dmitrij Medwedjew		2
■ ANALYSE		
Russland und die KSE		4
Margarete Klein, Regensburg		
■ DOKUMENTATION		
Die Anpassung des KSE-Vertrages in Istanbul		8
■ KOMMENTAR		
Unter Beobachtung. Russlands militärische Risiken durch die ballistische Raketenabwehr im östlichen Europa		10
Gerhard Mangott, Martin Senn, Innsbruck		
■ ANALYSE		
Russlands nuklearer Drahtseilakt		12
Adam N. Stulberg, Atlanta		
■ DOKUMENTATION		
Das amtliche Endergebnis der Dumawahlen		16
■ CHRONIK		
Vom 6. bis zum 13. Dezember 2007		27



Biographie

Der Kandidat

Dmitrij Anatoliewitsch Medwedjew (geboren 14.9.1965 in Leningrad) studierte noch zu Sowjetzeiten Recht an der Leningrader Staatsuniversität (LGU), machte 1987 sein Examen und schlug zunächst die Hochschullaufbahn ein. 1990 promovierte er in Zivilrecht und lehrte in der Folge bis zum Jahr 1999 an der Juristischen Fakultät der LGU (bzw. SpGU). Neben seiner akademischen Tätigkeit beriet er in der ersten Hälfte der 1990er Jahre das Komitee für Auswärtiges beim Petersburger Bürgermeisteramt. Dieses Komitee wurde damals von Putin geleitet, dem Medwedjew direkt zuarbeitete. 1993 übernahm Medwedjew auch den Posten eines Leiters der Rechtsabteilung von »Pulp Enterprises«, einem holzverarbeitenden Unternehmen in Petersburg. 1998 wurde er Mitglied des Aufsichtsrats des Papierkombinats Brazk.

Im Jahr 1999 wechselte er nach Moskau und übernahm kurzzeitig das Amt des Stellvertretenden Leiters des Regierungsapparats. In dieser Zeit übte Putin das Ministerpräsidentenamt aus. Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Putin im Januar 2000 wechselte Medwedjew dann in die Präsidentialadministration, deren Stellvertretender Leiter er wurde. Im Präsidentschaftswahlkampf Anfang 2000 leitete er den Wahlkampfstab Putins. Im Juni 2000 stieg er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration auf und war als solcher für Putins Tagesplanung und für die Koordination von Regierung und Präsidentialverwaltung verantwortlich. Ebenfalls im Juni 2000 wurde Dmitrij Medwedjew zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Erdgasmonopolisten »Gazprom« gewählt. Im Juni 2001 übernahm er den Posten des Stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates von »Gazprom«, und im Juni 2002 sowie im Juni 2006 übernahm Medwedjew wieder den Posten des Vorsitzenden des Aufsichtsrates von »Gazprom«. 2001 betraute ihn Putin mit der Durchführung der Reform des öffentlichen Dienstes. Seit Oktober 2002 wurde er zum Vertreter des Präsidenten beim Nationalen Bankrat. Seit dem 30.10.2003 stieg Dmitrij Medwedjew zum Leiter der Präsidentialadministration auf. Er wurde im April 2004 zum Mitglied des Sicherheitsrates. Die russischen Medien beschreiben ihn als effizienten Manager und als »vernünftigen Menschen mit modernen Ansichten«. Er gilt als Vertreter der »Petersburger Juristen« im Umfeld des Präsidenten. Am 14. November 2005 ernannte ihn der Präsident zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Medwedjew galt lange als möglicher Nachfolge Putins. Dass er mit der Durchführung der »Nationalen Projekte« betraut wurde, galt als Indiz, dass ihn die Präsidentialadministration als Politiker mit sozialer Verantwortlichkeit aufzubauen versuchte. Diese »Nationalen Projekte« waren großzügig finanzierte Reformprogramme in den Bereichen Gesundheitspolitik, Wohnungsbau, Bildung und Landwirtschaft. Als Medwedjew im Frühjahr 2007 im Wettbewerb um die Kandidatur von Sergej Iwanow überholt wurde, mehrten sich die Meldungen, die »Nationalen Projekte« seien ineffizient gewesen. Und als Anfang September 2007 Viktor Subkow zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, schienen Medwedjews Chancen auf die Präsidentschaft ganz dahingeschwunden. Doch am 10.12.2007 wurde Medwedjew überraschend von vier Parteien (Einiges Russland, Gerechtes Russland, Agrarpartei, Bürgerkraft) zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im März 2008 nominiert und Präsident Wladimir Putin signalisierte volle Unterstützung für seine Kandidatur.

Zusammengestellt von Olga Dudkowskaja

Pressestimmen

Zu Dmitrij Medwedjew

Wedomosti (Moskau), 10.12.2007

Hallo Medwedjew! (Maxim Glikin)

»Einiges Russland«, »Gerechtes Russland«, Agrarpartei und Bürgerkraft nominierten den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew zum Kandidaten für das Präsidentenamt. [...]

Putin antwortete, dass »er die Kandidatur voll unterstütze«. Das Staatsoberhaupt unterstrich, dass »er Medwedjew sehr gut kennt und dass er mit ihm seit über 17 Jahre eng und erfolgreich zusammenarbeitet. Laut Putin »gibt uns die Nominierung [...] eine Chance, Bedingungen für die Durchführung des Kurses zu schaffen, der seit 8 Jahren er-

folgreich verfolgt wird.« Putin unterstrich, dass zwei der Parteien, die Medwedjew nominiert haben, den Einzug in die Duma geschafft hatten und dort über eine stabile Mehrheit verfügen, dass »sich vier Parteien im Ganzen auf eine breite Plattform stützen und Interessen der meisten Bevölkerungsgruppen vertreten«. [...]

Quelle: <http://www.vedomosti.ru/newsline/index.shtml?2007/12/10/520278>

FAZ (Frankfurt/Main), 11.12.2007

Nur Putin ist noch besser als Medwedjew (Michael Ludwig)

[...] Und kaum war am Montag bekannt geworden, dass Putin den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Gasprom-Aufsichtsratschef Dmitrij Medwedjew unterstützt, da überschlugen sich auch schon die kremeltreuen Politiker in Lobpreisungen des Neuen: Die Petersburger Gouverneurin Valentina Matwijenko teilte mit, sie unterstütze die Kandidatur »mit beiden Händen« - ihr imponierten seine juristische Ausbildung, seine Jugend und seine menschlichen Qualitäten, vor allem seine Ausgeglichenheit.

In ähnlichen Worten äußerten sich Gouverneure, Bürgermeister und Parlamentarier aus ganz Russland. Eine weitere wichtige Eigenschaft Medwedjews nannte Sergej Mironow, der Vorsitzende des Föderationsrates und der kleineren Kremlpartei »Gerechtes Russland«: Dieser sei »der allerengste Mitstreiter Putins«. Der Duma-Abgeordnete Pawel Krascheninnikow sagte: »Noch besser als Dmitrij Medwedjew kennt nur Wladimir Putin unser Land.« [...]

Quelle: <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc-E1456E7A13848458396AE83FC183A5BCA-Atpl-Ecommon-Sccontent.html>

Zeit (Hamburg), 10.12.2007

Nicht unterschätzen (Johannes Voswinkel)

Dmitrij Medwedjew, Putins Kandidat als Nachfolger, gilt als schwache Figur. Hinter der scheinbaren Jugendlichkeit verbirgt sich aber ein erfahrener Apparatschik. [...]

Da hatten ihn die meisten Politologen in Moskau bereits als zu weich und wenig massenwirksam von der Nachfolger-Liste gestrichen.

Doch Putin überraschte sie heute einmal mehr mit seiner Unterstützung der »würdigen Kandidatur« Medwedjews. Zwar gebieten die oft undurchschaubaren Züge der Polittechnologien des Kremls Vorsicht, aber Medwedjew hat dank Putins Segen beste Chancen, Russlands nächster Präsident zu werden. [...]

Das westliche Ausland nimmt Medwedjew mit Erleichterung als unerwartete Taubenvariante auf: Der stellvertretende Ministerpräsident gehörte nie zu Russlands Raketenzählern. Aggressives Anti-Westlertum ist ihm bislang fremd. [...]

Quelle: <http://www.zeit.de/online/2007/50/medwedjew>

Washington Post (Washington, D. C.), 10.12.2007

Putin unterstützt Medwedjew für das Präsidentenamt (Peter Finn)

[...] Medwedjew (42), ein Rechtsanwalt, der auch Aufsichtsratsvorsitzender des Energieriesen »Gazprom« ist, gilt als ein relativ liberaler in der Konstellation politischer Fraktionen im Kreml. Im Gegensatz zu vielen in Putins unmittelbarem Umfeld hat er keine KGB- oder Geheimdienst-Vergangenheit. Man glaubt, dass er für konstruktive Beziehungen zum Westen und einen breiteren politischen Pluralismus zu Hause offen sei. »Es ist ein Signal für den Westen, dass wir Kommunikation und Kooperation fortsetzen möchten«, sagte Igor Bunin, Leiter des Zentrums für politische Technologien in Moskau, in einem Interview. »Es wird keine radikalen Änderungen während seiner Amtszeit geben, aber ich glaube, dass er schwächer sein wird als Putin. Er wird weitgehend dem Kurs folgen, der von Putin eingeschlagen worden ist, aber er ist mehr an dem westlichen Modell, das eine demokratische Tradition bildet, orientiert ist.« [...]

Quelle: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/12/10/AR2007121000330.html>

Kommersant (Moskau), 11.12.2007

Medwedjew bot Wladimir Putin an, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen

[...] Um gestellte Aufgaben erfüllen zu können, hält Dmitrij Medwedjew »für prinzipiell wichtig für das Land, im wichtigsten Amt der Exekutive – auf dem Posten des Ministerpräsidenten – Wladimir Putin zu behalten.« »Indem ich mich bereit erkläre, für das Amt des Präsidenten Russlands zu kandidieren, bitte ich ihn, sein prinzipielles Einverständnis zu geben, nach der Wahl des neuen Präsidenten unseres Landes, Regierungschef Russlands zu werden«, sagte Medwedjew. [...]

Quelle: <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=835123>

Zusammengestellt von Olga Dudkowskaja

Analyse

Russland und die KSE

Margarete Klein, Universität Regensburg

Zusammenfassung

Am 12. Dezember tritt die Suspendierung des KSE-Vertrages in Kraft. Die russische Führung begründete die Suspendierung des KSE-Vertrags damit, dass sie nicht aus der konventionellen Rüstungskontrolle aussteigen, sondern nur die NATO-Staaten zur Ratifizierung oder zumindest vorläufigen Anwendung des sogenannten Angepassten KSE-Vertrags (AKSE) bewegen wolle. Tatsächlich ist dies nur das Minimalziel. Als Maximalziel wird eine Neuverhandlung des konventionellen Rüstungskontrollsystems angestrebt. Es geht darum, die während der Schwächeperiode der 90er Jahre eingegangenen Verträge durch solche zu ersetzen, die dem neuen Gewicht Moskaus Rechnung tragen.

Die Kündigung des KSE-Vertrages

Am 14. Juli 2007 kündigte Vladimir Putin per Dekret an, Russland Teilnahme am Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) nach Ablauf einer Frist von 150 Tagen auszusetzen. Mit überwältigender Mehrheit stimmten beide Parlamentskammern im November dem entsprechenden Gesetz zu, das nach der Unterzeichnung des Präsidenten am 12. Dezember 2007 in Kraft tritt. Von diesem Tag an wird Russland keine ausländischen Militärinspektoren mehr ins Land lassen sowie die übrigen KSE-Staaten nicht mehr über Truppenbewegungen und Militärübungen auf seinem Gebiet informieren. Zudem fühlt es sich nicht mehr an die im Vertrag festgelegten Obergrenzen für konventionelle Waffen und Ausrüstung gebunden. Welche Ziele verfolgt Moskau mit der Suspendierung des KSE-Vertrags? Und welche Auswirkungen hat dieser Schritt auf die europäische Sicherheit?

Ein rechtlich umstrittener Schritt

Rechtlich befindet sich Russland mit der Aussetzung des KSE-Vertrags in einer Grauzone. Schließlich sieht der Vertrag selbst nur die Option der Kündigung, nicht aber der Suspendierung vor. Allerdings gesteht die Wiener Übereinkunft über Vertragsrecht von 1969 sowie das russische Gesetz über internationale Verträge Moskau die Möglichkeit der Vertragsaussetzung zu. Die russische Führung verweist zudem darauf, dass sie die im KSE-Vertrag für Kündigungen geltenden Bedingungen – die sie damit einfach auf das gar nicht vorgesehene Moratorium überträgt – erfüllt habe: sie hielt die 150-Tages-Frist ein und begründete ihren Schritt mit »außergewöhnlichen Umständen«, die die »Sicherheit des Landes gefährden«. Die NATO lehnt diese Argumentation ab, entschloss sich jedoch, diesen Punkt vorerst nicht weiter zu verfolgen. Schließlich möchte sie

die Brücke für Moskaus Rückkehr ins Vertragswerk nicht zerstören.

Minimalziel: Ratifizierung des AKSE-Vertrags erzwingen

Die russische Führung begründete die Suspendierung des KSE-Vertrags damit, dass sie nicht aus der konventionellen Rüstungskontrolle aussteigen, sondern nur die NATO-Staaten zur Ratifizierung oder zumindest vorläufigen Anwendung des sogenannten Angepassten KSE-Vertrags (AKSE) bewegen wolle. Der AKSE war im November 1999 in Istanbul unterzeichnet worden und sollte den KSE-Vertrag vom November 1990 ersetzen. Die Anpassung war nötig geworden, weil sich der ursprüngliche Vertrag bereits zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens im November 1992 als völlig veraltet erwiesen hatte. Er legte verbindliche Obergrenzen für die damals 16 NATO-Staaten und sechs Warschauer Pakt-Länder fest, die eine Parität zwischen den Allianzen schufen. Der Zerfall des östlichen Militärbündnisses und die Aufnahme ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten in die NATO machten das Block-Prinzip obsolet. Die nunmehr 30 KSE-Staaten einigten sich daher in Istanbul darauf, das Blockprinzip durch verbindliche Obergrenzen für jedes Mitgliedsland zu ersetzen. Moskau erhielt damit die Versicherung, dass die Zahl der NATO-Streitkräfte in den neuen Mitgliedstaaten begrenzt bleibt und die Erweiterung der Allianz zu keinem Militäraufbau an seiner westlichen Grenze führt. Russland profitiert vom AKSE zudem, da er eine Lockerung der russischen Obergrenzen in der bisherigen Flankenregion Nordkaukasus sowie eine Öffnung des bisher geschlossenen Vertragswerks für neue Staaten – wie den baltischen Ländern – beinhaltet.

Bisher wurde der AKSE-Vertrag aber nur von vier Staaten ratifiziert: der Ukraine und Belarus 2000, Kasachstan 2003 und Russland im Juli 2004. Die NATO-

Staaten binden ihre Ratifizierung an die vorherige Erfüllung der sogenannten Istanbuler Verpflichtungen durch Russland, nämlich seine Truppen und Ausrüstung aus Georgien und Moldova abzuziehen. Moskau argumentiert, dass es sich dabei um bilaterale Vereinbarungen mit den beiden Ländern handle, die dem AKSE-Vertrag nur angehängt, aber nicht Teil des Vertragstextes seien – und damit nichts mit der Ratifizierung desselben zu tun hätten. Die NATO nehme hier eine »künstliche Verknüpfung« vor, die den »europäischen Rüstungskontrollprozess in ein Instrument zur Erreichung politischer Ziele« verwandle, so der Vorwurf des russischen Außenministers Lawrow. Außerdem habe Moskau seine Verpflichtungen mittlerweile erfüllt.

Georgien und Moldova

Beides ist nicht korrekt. So hängen die Istanbuler Verpflichtungen sehr wohl direkt mit dem KSE- und AKSE-Vertrag zusammen. Schließlich fordern beide Verträge für die Stationierung ausländischer Streitkräfte die explizite Zustimmung des Gastlandes. Jedoch ratifizierte das georgische Parlament nie die entsprechende Vereinbarung mit Moskau und die moldawische Verfassung verbietet die Präsenz fremder Truppen im Land. Selbst wenn die NATO ihre auf amerikanische Initiative hin erfolgte koordinierte Politik aufgäbe, würde die endgültige Ratifizierung des AKSE-Vertrags daher an der Weigerung Moldovas und Georgiens scheitern.

Zudem hat Russland seine Istanbuler Verpflichtungen bisher nicht vollständig erfüllt. Zwar ist der Truppenabzug aus Georgien mittlerweile weit fortgeschritten. Fristgerecht waren die Streitkräfte aus dem Militärstützpunkt Vaziani abgezogen worden. Über die Basen Batumi und Achalkalaki konnte nach zähem Ringen 2005 eine Vereinbarung geschlossen werden. Achalkalaki wurde von russischen Truppen bereits geräumt und aus Batumi werden sich diese im nächsten Jahr zurückziehen. Nicht zu verifizieren sind hingegen die russischen Angaben, wonach im vierten Stützpunkt – Gudauta in der Separatisten-Region Abchasien – bereits alle schweren Waffen abgezogen wurden und sich dort nur mehr russische GUS-Friedenstruppen zu »Erholungszwecken« aufhielten; denn Moskau verweigert OSZE-Inspektoren den Zugang. In Moldova wiederum kam der Rückzug russischer Truppen und Ausrüstung nach dem Scheitern des Kosak-Plans, der eine für Russland vorteilhafte Lösung des Transnistrienkonflikts vorgesehen hatte, Ende 2003 ins Stocken. Bis heute befinden sich noch 21.000 Tonnen Munition sowie 1500 russische Soldaten im Land – teils zur Bewachung des Munitionsdepots in Kolnbasu, teils im Rahmen der GUS-Friedenstruppen.

Der »alte« und der »neue« Vertrag

Da der AKSE-Vertrag bisher nicht von den übrigen Staaten ratifiziert wurde, gilt auch acht Jahre nach dessen Unterzeichnung weiterhin der veraltete Vertrag von 1990. Dies gleicht einem »absurden Theaterstück«, wie Außenminister Lawrow nicht zu Unrecht feststellte. Denn so fallen beispielsweise die konventionellen Waffensysteme der neuen NATO-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien und Rumänien weiterhin unter die Obergrenzen der nicht mehr existenten »östlichen Staatengruppe«, obwohl mittlerweile die NATO ein reelles Übergewicht bei den konventionellen Streitkräften besitzt. Auch ist die Weiterexistenz des alten Vertrags für Russland nachteiliger als für die NATO-Staaten. Dennoch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in erster Linie Russland selbst ist, das dieses »absurde Theaterstück« bis heute auf dem Spielplan der europäischen Sicherheitspolitik belässt. Die Wahrung des Einflusses im »Nahen Ausland« war Russland bisher wichtiger als die Ratifizierung des Vertragswerks.

»Grauzonen« im Baltikum verhindern

In seinem Dekret begründete Putin die Suspendierung des KSE-Vertrags auch damit, dass die baltischen Staaten dem KSE-Prozess bislang nicht beigetreten sind, wodurch eine gefährliche »Grauzone« für Russlands Sicherheit entstanden sei. Die Sorgen der russischen Führung richten sich dabei weniger auf das Militärpotential der baltischen Staaten selbst, als vielmehr auf die Möglichkeit, unbegrenzt fremde Truppen auf ihrem Territorium stationieren zu dürfen. Die baltischen Staaten und die NATO machten davon allerdings – bis auf eine Luftwaffenbasis im litauischen Zoknai mit vier belgischen F 16, die angesichts des Fehlens einer eigenen baltischen Luftwaffe deren Luftraum patrouillieren – keinen Gebrauch. Von einer unmittelbaren Bedrohung der russischen Sicherheit kann also keine Rede sein, wenngleich die Forderung nach einer vertraglichen Einbindung der baltischen Staaten selbstverständlich ein legitimes Sicherheitsinteresse Russlands darstellt. Doch auch hier hat es Russland selbst in der Hand, dies durchzusetzen. Schließlich können die baltischen Staaten erst nach der Ratifizierung des AKSE-Vertrags diesem beitreten.

Maximalziel: Neuverhandlung der konventionellen Rüstungskontrolle

In seinem Dekret führt Putin zudem Gründe an, die zeigen, dass es Moskau nur als Minimalziel um die Ratifizierung des AKSE-Vertrags geht – ohne vollständig die Istanbuler Verpflichtungen erfüllen zu müssen. Als Maximalziel wird eine Neuverhandlung des konventionellen Rüstungskontrollsystems angestrebt. Es geht darum, die während der Schwächeperiode der 90er Jahre

eingegangenen Verträge durch solche zu ersetzen, die dem neuen Gewicht Moskaus Rechnung tragen. Bedenkt man, dass Großmächte sich dadurch auszeichnen, dass sie die Sicherheitsarchitektur in ihrer Umgebung prägen, so ist die Forderung nach einem »wirksameren Vertrag« in der konventionellen Rüstungskontrolle auch als weiteres Puzzleteil der allgemeinen Strategie zu sehen, dem Großmachtanspruch Russlands wieder Geltung zu verschaffen.

Konkret beziehen sich die Forderungen Moskaus auf zwei Punkte. Erstens sollen die konventionellen Obergrenzen der NATO-Staaten reduziert werden – und damit Moskaus militärisches Gewicht in Europa wieder gestärkt werden. Dies begründet Putin mit der Osterweiterung der Allianz, die zu einer Anpassung des Vertragsgerüsts führen müsse. Gerade in militärischen Kreisen kommt in diesem Zusammenhang wieder der alte Begriff der »militärischen Balance« auf. Zweitens wird die Lockerung bzw. völlige Abschaffung der Flankenregelung gefordert. Nur Russland (Militärdistrikte Nordkaukasus und Leningrad) und der Ukraine werden Beschränkungen auferlegt, wohin sie auf ihrem Territorium ihre Streitkräfte verlegen dürfen. Dies dient dem Ziel, dort eine Massierung konventioneller Truppen und Waffen zu verhindern, wo sich die einstigen Gegner unmittelbar gegenüber stehen. Besonders das russische Militär sieht in der Flankenregelung, die es in beiden Tschetschenienkriegen überschritt, eine Beschränkung seiner Handlungsautonomie sowie eine einseitige Diskriminierung Russlands.

Nebeneffekt: *wedge driving* im Raketenstreit

Neben den im Dekret genannten Gründen stellte Putin zu anderen Gelegenheiten auch einen Zusammenhang mit dem Streit um die amerikanischen Raketenabwehrpläne in Tschechien und Polen her. Inhaltlich besteht ein solcher zwar nicht direkt, handelt es sich beim Raketenabwehrsystem doch um ein Problem der nuklearen, nicht der konventionellen Rüstungskontrolle. Dennoch fällt die zeitliche Korrelation in der Zuspitzung beider Themen auf. Dies nährt den Verdacht, dass durch die Suspendierung des KSE-Vertrag auch – als Nebeneffekt – Druck auf die europäischen NATO-Staaten in den Raketenfragen ausgeübt werden soll. Dazu schürt Moskau bewusst die Sorge vor einem möglichen *spillover*-Effekt auf die nukleare Rüstungskontrolle, indem es mit dem Ausstieg aus dem INF-Vertrag droht.

Auswirkungen der Suspendierung: ein neues konventionelles Wettrüsten?

Manche Kommentatoren sprachen nach dem russischen Moratorium bereits von der Gefahr eines neuen

konventionellen Wettrüstens in Europa. Putin selbst schürte diese Sorge in seiner Münchner Rede. Russische Militärs erklärten zwar, sie hätten keine »unmittelbaren Pläne« für die Verlegung russischer Truppen nach Westen und Süden, behielten sich das Recht dazu aber vor. Alles hänge von der »Zurückhaltung« der westlichen Staaten ab. Kurzfristig ist sicherlich keine massive konventionelle Aufrüstung an der westlichen Grenze zu erwarten. Dafür spricht, dass Russland den KSE-Vertrag ja nicht kündigte, sondern nach der Ratifizierung oder Neuverhandlung des AKSE-Vertrags strebt. Es ist prinzipiell an der Aufrechterhaltung der konventionellen Rüstungskontrolle interessiert, erlaubt diese Moskau doch Einblick in die Truppenaufstellung der NATO-Staaten und eine Begrenzung derselben. Erst wenn die Verhandlungen scheitern sollten, ist eine russische Aufrüstung über das im KSE-Vertrag zulässige Maß vorstellbar.

Im regionalen Kontext ist jedoch bereits früher eine russische Aufrüstung denkbar. Dies gilt vor allem für den kaukasischen Konflikt her. Moskaus Beziehungen zu Georgien sind zur Zeit mehr als gespannt und könnten sich nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos weiter zuspitzen. Die Weigerung der russischen Seite, OSZE-Inspektoren nach Gudauta zu lassen, ist daher auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Transparenzverlust

Für die westlichen Staaten ist das russische Moratorium im Moment in erster Linie wegen des Verlusts an Transparenz zu bedauern. Das ursprüngliche Ziel des KSE-Prozesses, nämlich einen Überraschungsangriff oder großangelegten Staatenkrieg zu verhindern, spielt in der heutigen Sicherheitssituation Europas nur mehr eine nachgeordnete Rolle. Das zeigt sich auch daran, dass kaum einer der KSE-Staaten seine Obergrenzen voll ausschöpft. Angesichts der zunehmenden Bedeutung nicht militärischer, transnationaler Sicherheitsrisiken, die effektiv nicht mit den quantitativen Beschränkungen der konventionellen Rüstungskontrollpolitik zu bekämpfen sind, liegt die wahre Bedeutung des KSE-Prozesses daher schon länger mehr im Bereich der Vertrauensbildung. Die Verifikationsmaßnahmen des (A)KSE-Prozesses gehören zu den detailliertesten und umfangreichsten, die je ausgehandelt wurden. Bisher führten die Mitgliedstaaten mehr als 5000 gegenseitige Inspektionen durch. Zwar können Russland und die NATO-Staaten auch im Rahmen anderer Formate – wie des NATO-Russland-Rats – weiter über sicherheitspolitische Fragen diskutierten. Der Transparenzverlust, der durch die Aufgabe verbindlicher Vor-Ort-Inspektionen entsteht, lässt sich damit aber nur bedingt ausgleichen.

Was tun?

Die NATO-Staaten sollten aktiv eine Verhandlungslösung mit Russland suchen. Schließlich kann ein Scheitern des KSE-Prozesses Russland weiter in die Isolation vom Westen treiben und diejenigen Kreise noch weiter stärken, die – wie im Entwurf der neuen Militärdoktrin ausgeführt – in der Atlantischen Allianz und den westlichen Staaten wie zu alten Zeiten den Hauptfeind sehen. Allerdings sollte die NATO dabei nicht jeden Kompromiss eingehen. Ein Abgehen von den Istanbuler Verpflichtungen wäre ein falsches Signal, dass der Aufbau einer rechtlich fragwürdigen Drohkulisse zum gewünschten Erfolg führt. Zudem würden die westlichen Staaten damit von einem ihrer zentralen Prinzipien –

der Achtung der Souveränität auch kleiner Staaten – abgehen. Dennoch könnten die westlichen KSE-Staaten Moskau eine Brücke bauen. Eine Möglichkeit wäre, in einen Dialog über eine Lockerung der Flankenregelung einzusteigen. Eine andere wäre es, mit der Ratifizierung des AKSE-Vertrags jetzt schon zu beginnen und diesen vielleicht auch zu beenden, allerdings die Hinterlegung der Urkunden solange zu verzögern, bis Russland seinen Verpflichtungen nachkommt. Damit könnten die NATO-Staaten demonstrieren, dass es ihnen nicht um die Eindämmung oder Diskriminierung Russlands geht – und zugleich den Schwarzen Peter an Russland zurückverweisen.

Über die Autorin

Dr. Margaret Klein ist wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa) an der Universität Regensburg.

Literaturempfehlung:

- Jane M. O. Sharp, 2006: Striving for Military Stability in Europe. Negotiation, implementation and adaption of the CFE Treaty, London / New York.
- Pal Dunay, 2004: On the (continuing, residual) relevance of the CFE regime, in: Helsinki Monitor, No. 4, S. 263–279.
- Hans-Joachim Schmidt, 2005: The Uncertain Future of CFE Between Istanbul Commitments and NATO-Enlargement, in: Yves Ghebali/Daniel Warner (Hrsg.): The Politico-Military Dimension of the OSCE: Arms Control and Conflict Management Issues, Genf, S. 153–187.
- Übereinkommen über die Anpassung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa. CFE.DOC/1/99. 19. November 1999. Deutsch / Original: Englisch. JCGGW124
http://www.osce.org/documents/doclib/1999/11/13760_de.pdf, 28.4.2007
- Schlussakte der Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa. CFE.DOC/2/99. 19. November 1999. Deutsch/Original: Englisch. JCGGW131
http://www.osce.org/documents/doclib/1999/11/13761_de.pdf, 28.4.2007

Die Anpassung des KSE-Vertrages in Istanbul

Quelle: Übereinkommen über die Anpassung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa. CFE.DOC/II/99. 19. November 1999. Deutsch / Original: Englisch. JCGGW124, Artikel 21
http://www.osce.org/documents/doclib/1999/11/13760_de.pdf, 28.4.2007

Protokoll über Nationale Obergrenzen für die durch den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa begrenzten konventionellen Waffen und Ausrüstungen

Die Vertragsstaaten vereinbaren hiermit die folgenden nationalen Obergrenzen, Zwischenobergrenzen für aktive Truppenteile und Zwischenobergrenzen für Unterkategorien nach Artikel IV des Vertrags:

Vertragsstaat	Kampfpanzer	Gepanzerte Kampffahrzeuge			Artilleriewaffen	Kampfflugzeuge	Angriffshubschrauber
		Gesamt	davon Schützenpanzer u. Kampffahrz. m. schw. Bewaffn.	Davon Kampffahrzeuge mit schw. Bewaffn.			
Republik Armenien	220	220	135	11	285	100	50
Aserbaidschanische Republik	220	220	135	11	285	100	50
Republik Belarus ⁽¹⁾	1.800	2.600	1.590	130	1.615	294	80
Königreich Belgien	300	989	600	237	288	209	46
Republik Bulgarien	1.475	2.000	1.100	100	1.750	235	67
Königreich Dänemark	335	336	210	17	446	82	18
Bundesrepublik Deutschland	3.444	3.281	3.281	80	2.255	765	280
Französische Republik	1.226	3.700	1.983	535	1.192	800	374
Georgien	220	220	135	11	285	100	50
Griechische Republik	1.735	2.498	1.599	70	1.920	650	65
Republik Island	0	0	0	0	0	0	0
Italienische Republik	1.267	3.172	1.970	0	1.818	618	142
Kanada	77	263	263	0	32	90	13
Republik Kasachstan	50	200	0	0	100	15	20
Großherzogtum Luxemburg	0	0	0	0	0	0	0

Protokoll über Nationale Obergrenzen für die durch den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa begrenzten konventionellen Waffen und Ausrüstungen

Die Vertragsstaaten vereinbaren hiermit die folgenden nationalen Obergrenzen, Zwischenobergrenzen für aktive Truppenteile und Zwischenobergrenzen für Unterkategorien nach Artikel IV des Vertrags:

Vertragsstaat	Kampfpanzer	Gepanzerte Kampffahrzeuge			Artilleriewaffen	Kampfflugzeuge	Angriffshubschrauber
		Gesamt	davon Schützenpanzer u. Kampffahrz. m. schw. Bewaffn.	Davon Kampffahrzeuge mit schw. Bewaffn.			
Republik Moldau	210	210	130	10	250	50	50
Königreich der Niederlande	520	864	718	0	485	230	50
Königreich Norwegen	170	275	181	0	491	100	24
Republik Polen ⁽⁴⁾	1.730	2.150	1.700	107	1.610	460	130
Portugiesische Republik	300	430	267	77	450	160	26
Rumänien	1.375	2.100	552	72	1.475	430	120
Russische Föderation ⁽⁵⁾	6.350	11.280	7.030	574	6.315	3.416	855
Slowakische Republik ⁽⁶⁾	478	683	476	34	383	100	40
Königreich Spanien	750	1.588	1.228	191	1.276	310	80
Tschechische Republik ⁽²⁾	957	1.367	954	69	767	230	50
Republik Türkei	2.795	3.120	1.993	93	3.523	750	130
Ukraine ⁽⁷⁾	4.080	5.050	3.095	253	4.040	1.090	330
Republik Ungarn ⁽³⁾	835	1.700	1.020	85	840	180	108
Vereinigtes Königreich Großbritannien u. Nordirland	843	3.017	1.335	200	583	855	350
Vereinigte Staaten von Amerika	1.812	3.037	2.372	0	1.553	784	396

⁽¹⁾ Davon höchstens 1 525 Kampfpanzer, 2 175 gepanzerte Kampffahrzeuge und 1 375 Artilleriewaffen in aktiven Truppenteilen

⁽²⁾ Davon höchstens 754 Kampfpanzer, 1 223 gepanzerte Kampffahrzeuge und 629 Artilleriewaffen in aktiven Truppenteilen

⁽³⁾ Davon höchstens 658 Kampfpanzer, 1 522 gepanzerte Kampffahrzeuge und 688 Artilleriewaffen in aktiven Truppenteilen

⁽⁴⁾ Davon höchstens 1 362 Kampfpanzer, 1 924 gepanzerte Kampffahrzeuge und 1 319 Artilleriewaffen in aktiven Truppenteilen

⁽⁵⁾ Davon höchstens 5 575 Kampfpanzer und 5 505 Artilleriewaffen in aktiven Truppenteilen

⁽⁶⁾ Davon höchstens 376 Kampfpanzer, 611 gepanzerte Kampffahrzeuge und 314 Artilleriewaffen in aktiven Truppenteilen⁴

⁽⁷⁾ Davon höchstens 3 130 Kampfpanzer, 4 350 gepanzerte Kampffahrzeuge und 3 240 Artilleriewaffen in aktiven Truppenteilen⁴

Kommentar

Unter Beobachtung. Russlands militärische Risiken durch die ballistische Raketenabwehr im östlichen Europa

Gerhard Mangott, Martin Senn, Innsbruck

In der publizistischen, aber auch wissenschaftlichen Debatte über das Vorhaben der USA, im östlichen Europa missile defence-Komponenten zu installieren, wird zumeist bestritten, dass davon Risiken für die militärische Schlagkraft Russlands ausgehen. Kaum zu recht aber, denn das MD-Vorhaben der USA kommt tatsächlich einer Provokation gleich – als militärisch-technische Gefährdung der nuklearen Schlagkraft Russlands und als ein Akt, der russische Grossmacht-sensibilitäten berührt und damit in der Folge die euroatlantischen Beziehungen mit Russland zusätzlich belastet.

Die Stationierung von Abfangraketen in Polen und eines hochleistungsfähigen X-Band Radars in Tschechien berühren tatsächlich – anders als zumeist diskutiert – nuklearstrategische Kerninteressen Russlands. Die Radaranlage in Tschechien erlaubt es der USA, alle landgestützten Interkontinentalraketen (ICBMs) Russlands in einer bestimmten Flugsequenz – vermutlich nach der Ablöse der Sprengköpfe und der Täuschkörper (*decoys*) von der Rakete – zu erfassen, die bei einer nuklearen Eskalation auf die amerikanische Ostküste gerichtet wären. Aufgrund der Erdkrümmung und der Radarwellenbeschaffenheit kann die Radarstation aber nicht Bodenaktivitäten in Russland kontrollieren; dazu gibt es aber eine ausreichende Zahl an Aufklärungssatelliten.

Wenn das Radar in Tschechien aber zudem noch mit einer Radaranlage auf einer seegestützten Plattform in der Nähe der Aleuten (Alaska) vernetzt werden sollte, könnten auch gegen die Westküste gerichtete russische ICBMs erfasst werden. Das bereits bestehende, 1999 von den USA modernisierte Radar in Vardö (Norwegen) ermöglicht zudem zusammen mit der Anlage auf den Aleuten in bestimmten Flugsequenzen die Kontrolle von russischen Raketentests von Plesezk nach Kamtschatka. Das Radar in Tschechien kann hingegen russische ICBMs nur in einer nuklearen Kriegssituation erfassen, da es natürlich keine russischen Raketentests in Westrichtung gibt. Allerdings käme einer im Kriegsfall angestrebten Interzeption russischer ICBMs durch Abfangraketen (Interzeptoren) in Koszalin die Datenermittlung bei russischen Raketentests entgegen, die durch das Radar in Vardö gewonnen werden können.

Vereinfachend ausgedrückt, wird die militärisch nutzbare Kapazität des Radars in Tschechien durch die Daten, die durch die Radaranlagen in Norwegen und auf den Aleuten gewonnen werden, deutlich erhöht. Dazu kommt noch, dass das Radar in Tschechien, anders als oft behauptet, nicht nur den nahöstlichen Raum, sondern grundsätzlich jeden territorialen Ausschnitt beobachten kann, da es rejustierbar ist. Anders gesagt: Die Stationierung von russlandnahen Radaranlagen erlaubt der USA einen strategisch nutzbaren ständigen und präzisen Kontrollblick auf Raketenbewegungen in bestimmten Sektoren der ballistischen Flugbahn dieser Raketen.

Das tschechische Radar könnte dann im – zugegeben völlig unwahrscheinlichen – Fall einer nuklearen Eskalation zwischen Russland und der USA, genutzt werden, da die USA durch das Radar in Vardö wertvolle Informationen über die technischen Parameter von russischen Raketen- und Sprengkopftechnologien erhalten, die auf russischem Gebiet getestet werden.

Bezüglich der Stationierung von Interzeptoren in Polen ist anzumerken, dass weniger die derzeit anvisierte Stückzahl (10), als deren zumindest mögliche, vielleicht wahrscheinliche quantitative Aufstockung und qualitative Weiterentwicklung maßgeblich zur Besorgnis Russlands beitragen. Zudem legen auch vorgesehene Weiterentwicklungen der Interzeptorentechnologie die Vermutung nahe, dass sich die Raketenabwehrkomponenten vorrangig gegen Russland richten. Die USA arbeiten derzeit an der Entwicklung multipler Interzeptoren, die in der Lage sind, mehrfache Ziele mittels einer Trägerrakete zu zerstören. Iran – gegen dessen nuklear bestückte Raketen die Abwehranlagen vor allem schützen sollen – ist aber auch auf lange Sicht nicht in der Lage, mehrfach bestückte ICBMs herzustellen. Chinesische ICBMs sind zwar mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattet, in ihrer Flugkurve auf Ziele in der USA aber außerhalb der Reichweite in Europa stationierter Abfangeinrichtungen.

Die eigentliche Bedrohung russischer nuklearer Schlagkraft ist aber, dass es sehr wohl möglich ist, russische Interkontinentalraketen durch in Polen stationierte Raketen abzufangen. Aufgrund der Daten über Flugkurven und -geschwindigkeiten wäre das Abfangen

russischer ICBMs nach Berechnungen eines Spezialisten am Massachusetts Institute of Technology – Theodore Postol – im Umfeld von Island technisch möglich (wenn auch mit vielen Unsicherheiten behaftet).

Besonders brisant für die Debatte über die Stoßrichtung der MD [Missile Defence]-Initiative im östlichen Europa schließlich ist auch, dass die Nutzung amerikanischer seegestützter Raketenabwehranordnungen auf Aegis-Zerstörern im angestrebten Effektivitätsmodus effektiveren Schutz vor iranischen Raketen bieten würde, ohne das strategische Arsenal Russlands herauszufordern; ähnliches könnte mit THAAD [Terminal High Altitude Area Defence]-Systemen oder PAC3-Systemen [Variante des MM-104 »Patriot«-Systems] der USA möglich sein.

Die politische und militärische Führung Russlands befürchtet daher zurecht, dass Stationierung und möglicher Ausbau von Raketenabwehranlagen im östlichen Europa gravierende Sicherheitsrisiken für Russland darstellen (werden/könnten). Die russische Deutung der Raketenabwehrpläne der USA als Provokation ist aber auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen Moskaus mit der Rüstungs(kontroll)politik der USA in den letzten 10 Jahren zu sehen. Die USA hat das in fast 30 Jahren gewobene Netz an Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen nachhaltig ausgehöhlt. Die Abkehr vom Raketenabwehrvertrag (ABM) aus 1972 und die Haltung der USA, nach dem Auslaufen der bestehenden Rüstungskontrollverträge – Start [Strategic Arms Reduction Treaty] I in 2009, SORT [Strategic Offensive Reductions Treaty] in 2012 – keine ähnlichen Nachfolgeabkommen mit einem umfassenden Verifikationssystem auszuhandeln, ist für Russland ein Sicherheitsrisiko. Dies vor allem deshalb, weil die Zahl russischer Sprengköpfe und ballistischer Raketen bis 2015 erheblich zurückgehen wird.

Nach der unerwarteten Ankündigung Vladimir Putins in Heiligendamm im Juni d.J., der USA die Radarstation in Qabala (Aserbaidschan) und die noch im

Baustadium befindliche Radaranlage im südrussischen Armavir für ein Raketenabwehrsystem zur Verfügung zu stellen, setzte eine mehrstufiger Gesprächsprozess zwischen den beiden Ländern ein. Die USA lehnten aber die russische Forderung entschieden ab, die Verhandlungen mit der polnischen und der tschechischen Regierung über die Raketenabwehrkomponenten zu sistieren, solange die bilateralen russisch-amerikanischen Konsultationen dauerten. Entscheidender aber war und ist, dass die USA die Nutzung von Qabala – dessen erheblicher technischer Modernisierungsbedarf offen diskutiert wurde – lediglich als ein additives Element der strategischen Raketenabwehr in Europa sehen, aber jedenfalls an den bisherigen Plänen in Tschechien und Polen festhalten sollten. Auch der letzte Vorstoß der USA – das Angebot des Secretary of Defence Gates, die Inbetriebnahme der Radaranlage in Tschechien und die Stationierung der Interzeptoren in Polen erst dann durchzuführen, wenn die iranische Bedrohung verifizierbar wäre – wurde von Russland zurückgewiesen.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die aggressive russische Rhetorik der vergangenen Monate v.a. für die nationalistische Mobilisierung angesichts entscheidender Wahlen gedacht waren, oder tatsächlich eine erhebliche Belastung der strategischen Zusammenarbeit zwischen Russland, der USA, der NATO, der OSZE und der EU darstellt. Wiewohl das erste Argument durchaus auch gelten darf, ist die Erosion der strategischen nuklearen und konventionellen Rüstungskontrollabkommen – des INF [Intermediate Range Nuclear Forces bzw. Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme]-Vertrages, des KSE/A-KSE [Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa/adaptierter KSE]-Vertrages, unsicherer Perspektiven für die Start-I und die SORT-Nachfolge – wohl als das wahrscheinlichere Ergebnis der west-östlichen Beziehungen anzusehen. Russlands Wiederkehr als Blockademacht (Kosovo), Vetomacht (Iran) und revisionistische Macht (OSZE-Aushöhlung) ist wohl nicht nur ein Zwischenspiel.

Über die Autoren

Martin Senn ist Diplompolitologe und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Nukleare Non-Proliferation, Nuklearstrategisches Verhältnis zwischen USA und Russland, Raketenabwehr.

Dr. Gerhard Mangott ist ao. Univ.Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, Arbeitsschwerpunkte: Regimelehre Russland und Ukraine, Energiesicherheit, Außenpolitik der USA, Proliferation. Beide Autoren sind Mitglieder der International Security Research Group (ISRG).

Analyse

Russlands nuklearer Drahtseilakt

Adam N. Stulberg, Atlanta

Zusammenfassung

Russlands Haltung gegenüber nuklearer Nichtverbreitung erscheint zunehmend schizophoren. Im Laufe der letzten Jahre hat Russland begonnen, vom primären Nutznießer westlicher nuklearer Kooperation zu einem G-8 Partner zu werden, der selber zur Unterstützung von Regionen mit nuklearen Problemen beiträgt. Moskau hat zudem eine Führungsrolle in der Zusammenarbeit mit der internationalen Atomenergieorganisation (IAEA), den USA und an Staaten, die an der Förderung von Atomenergieerzeugung interessiert sind, übernommen. Das Ziel Moskaus besteht darin, kreative Lösungen zu finden um seine wirtschaftlichen Interessen und Nichtverbreitungsziele miteinander in Einklang zu bringen. Jedoch hat der Kreml auch gleichzeitig die Modernisierung seiner nuklearen Streitkräfte beschleunigt, um damit sowohl Probleme auf der Ebene konventioneller Streitkräfte zu kompensieren, als auch um der Stationierung strategischer Abfangraketen in Europa etwas entgegen stellen zu können. Darüber hinaus hat die aggressive Verfolgung kommerzieller Ziele im Nuklearbereich zusammen mit Moskaus derzeitiger Tendenz seine Energieressourcen als Druckmittel einzusetzen, zu einem beabsichtigtem oder auch unbeabsichtigten Anstieg von umstrittener ausländischer atomarer Aktivität und Enttäuschung auf Seiten des Westen diesen nicht begegnen zu können, geführt.

Moskau verfolgt widersprüchliche Ziele

Obwohl nicht vergleichbar mit den strategischen Widersprüchen, die durch das gesellschaftliche Chaos während den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR entstanden, stellt Russlands Haltung zur Nichtverbreitung nichtsdestotrotz das diplomatische Können Moskaus und den guten Willen der internationalen Gemeinschaft auf eine Probe. Der Kreml muss heutzutage einen Drahtseilakt bewältigen zwischen der Demonstration von Führungsstärke bei Themen der Nichtverbreitung und dem Ausnutzen sich neu ergebenden strategischen Optionen ohne ausländische Partner und Kunden zu verärgern. Andere Staaten sollten jedoch davon absehen auf Russlands provinzieller Winkelzüge überzureagieren, weil sonst die beiderseitigen Vorteile an einer Kooperation bei erstrangigen Sicherheitsinteressen auf Grund der zunehmenden Verärgerung und Schärfe des Dialogs verloren gehen könnten.

Es ist nicht überraschend, dass Putins Nukleardiplomatie einige profunde Fragen aufwirft: Erstens, was hat Russland vor? Aus welchen Dimensionen besteht Russlands Strategie und wie strebt es an, die konkurrierenden Impulse unter einen Hut zu bringen? Zweitens, wie effektiv ist Russlands Haltung? Kann es den heiklen Balanceakt aushalten? Wie sind im Angesicht der genannten Beweggründe und Bedingungen schließlich Moskaus erneuerte Aktivität im Rahmen der kommerziellen Nutzung der Atomenergie und des Nichtverbreitungsregimes einzuschätzen? Was kann durch eine fortdauernde Kooperation mit Russland gewonnen (oder verloren) werden? Die Antworten auf diese Fragen sind kritisch, sowohl für eine weitere Entwicklung der inter-

nationalen Partnerschaft mit Russland, als auch für eine Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsregimes.

Moskaus zwei nukleare Gesichter

Während des kalten Krieges fungierte die Sowjetunion als Bollwerk gegen die nukleare Proliferation. Nach ihrem Zusammenbruch überlasteten die Transformationsprobleme Moskaus Fähigkeit das atomare Erbe zu kontrollieren, ganz zu schweigen von der Fähigkeit, eine Säule im globalen Bemühen um die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen zu bleiben. Stattdessen hatte Russland nach dem kalten Krieg mit eigenen Problemen der nuklearen Nichtverbreitung zu kämpfen und wurde zum Bittsteller, der Hilfe bei der Verhinderung der Verbreitung von Waffentechnologie, spaltbarem Material und wissenschaftlichem Fachwissen aus dem nun ungeschützten riesigen sowjetischen nuklearen Komplex benötigte.

Im Zuge des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstiegs unter Präsident Putin, begann sich Russlands Haltung schon vor den Anschlägen vom 11. September in beachtlicher Weise zu ändern. Putin erkannte Russlands Verwundbarkeit als »Frontstaat« an und benannte den nuklearen Terrorismus in Konsequenz dazu als größtes Sicherheitsrisiko, dem die internationale Gemeinschaft ausgesetzt sei. Das »Weißbuch zur Nichtverbreitung« von 2006 richtete sich primär sowohl gegen transnationale nukleare Netzwerke als auch gegen schwache, schlecht koordinierte und zudem instrumentell motivierte Exportkontrollen (sowohl national als auch multilateral), um das Nichtverbreitungsregime zu stärken. Dieser Ankündigung folgten Taten: So verhan-

delte Russland als konstruktives Mitglied bei den Sechsparteien-Gesprächen über die Aufhebung von Nord Koreas Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsprogramme mit. Auch suchte Moskau bei der Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Iran um dessen Nuklearprogramm einen Kompromiss zu erreichen. Russland schlug vor, bei einem Versprechen Teherans, auf ein eigenes Anreicherungsprogramm zu verzichten, ein Gemeinschaftsunternehmen zur Urananreicherung auf russischem Boden zu gründen und verbrauchten Nuklearbrennstoff zurück zu nehmen. Aus dem gleichen Grund unternahm die russische Regierung Schritte, um die gegenseitige nukleare Unterstützung mit den USA zu verstärken und startete eine »Globale Initiative um zur Bekämpfung von nuklearem Terrorismus« um die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung gegenüber nukleare Terroristen zu verbessern. Zudem gehörte Russland zu den Mitunterzeichnern des fünften »Bratislava Reports«. Dieser setzt den Prozess fort, alle Forschungsreaktoren weltweit von der Verwendung von hochangereichertem Uran auf verbreitungsresistenteres niedrig angereichertes Uran (low enriched uranium LEU) umzurüsten. Unter Putins Aufsicht wurde ein neues Rahmenabkommen verabschiedet, das die gesetzliche Verantwortung für bei gemeinsamen Projekten auftretende Unfälle regelt. Dies wurde mit einem Abkommen, zwischen der amerikanischen Energiebehörde und der Russischen Föderalen Agentur für Atomenergie (Rosatom) gekoppelt, das Schlüsseltappen bei der Vollendung der geplanten Sicherheitsupdates für Sprengköpfe und waffenfähiges nukleares Material bis zum Ende von 2008 benannte und die Wartung von nuklearer Sicherheits- und Abrechnungssystemen allein durch russische Mittel bis zum Beginn des Jahres 2013 festsetzte.

Widersprüchliche Signale

Allerdings sandte Moskau mit den gleichzeitig unternommenen Schritte zur Erneuerung des nuklearen Komplexes widersprüchlicher Signale. Die russische Führung hat beispielsweise eine niedrigere Schwelle bis zur Nutzung von Nuklearwaffen und die Option auf begrenzte Militärschläge als Teil ihrer neuen Abschreckungsstrategie bekräftigt. Außerdem äußerte sie die starke Entschlossenheit alle drei Elemente (land-, see- und luftgestützte ballistische Raketen) der strategischen Dreiergruppe zu modernisieren. Die Regierung erhöhte zudem das Budget für die Entwicklung und Stationierung moderner Interkontinentalraketen (Intercontinental Ballistic Missiles ICBMs), U-Bootgestützter ballistischer Raketen (Submarine Launched Ballistic Missiles SLBMs), einer neuen Atom-U-Bootklasse und eine nukleare Cruise Missile wie die Dienstzeitverlängerung verschiedener anderen Systemen. Außerdem wurde die Wiedereinführung von militärischen Luftpatrouillen rund um die Uhr themati-

siert. Zu gleichen Zeit befürwortete Moskau Irans grundlegendes Recht auf Atomenergie und ging dabei so weit, im UN-Sicherheitsrat schärfere Sanktionen gegen Teheran zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund hat Russlands neuer Enthusiasmus für die derzeitige Atomenergie-Renaissance – obwohl keine Verletzung der internationalen Nichtverbreitungsabkommen per se – zu Besorgnissen ob der Motive Russlands geführt. Insbesondere hat sich das Putin-Regime zum Ziel gesetzt, bis 2030 die nationale nukleare Kapazität auf mindestens das 2,3-fache zu erhöhen, um so 25 Prozent des eigenen Strombedarfs decken zu können. Auch sollen mindestens 60 neue Atomkraftwerke, darunter auch schwimmende Reaktoren, exportiert werden und über die nächsten 20 Jahre verbrauchter Kernbrennstoff ausländischer Herkunft importiert werden. Um diesen Ambitionen gerecht zu werden wurde im Frühling 2007 der Staatskonzern Atomenergoprom gegründet. Nach dem Modell des Gasmonopolisten Gazprom, wurde dieses vertikal integrierte Staatsunternehmen damit beauftragt, private Komponenten des Nuklearen Komplexes zu vereinigen und sich dadurch in aggressiver Form einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen, etwa durch die steigende nationale Energieerzeugung, die Entwicklung von neuen Kernbrennstoffnutzungsmöglichkeiten, das Nutzen von nichtstaatlichem Eigentum an zivilen Nuklearanlagen zum eigenen Vorteil und eine Expansion im weltweiten Reaktorbau. Dies wurde ergänzt durch die Reorganisation von Rosatom im Oktober 2007 zu einem vereinigten staatlichen Aktienkonzern mit allumfassenden Zuständigkeiten zur Erstellung von Regelwerken Fusionen militärischer, industrieller und wissenschaftlicher Unternehmen aus dem nuklearen Komplex, sowie für die Aufsicht über die Strahlungssicherheit und das Anwerben von privaten Investoren, zur Förderung des staatlichen Nuklearprogramms anzutreiben.

Die Quadratur des Kreises – Iran ...

Indem sie parallel verschiedene Ziele verfolgt, ist die Politik Moskaus in letzter Zeit darauf gerichtet, strategischen Opportunismus mit einer Führungsrolle bei der Nichtverbreitung in Einklang zu bringen. Dies wird z.B. an der indirekten, stillen und aktiven Herangehensweise Russlands mit den nuklearen Ambitionen Irans deutlich und bei der Förderung des multilateralen Dialogs über die Garantie der Lieferung von Nuklearbrennstoff:

Einerseits hat Putin Russland aus der sich verschärfenden internationalen Konfrontation mit Iran heraus gehalten. So stellte er die Sorgen der USA und der Europäer, der Iran versuche Atomwaffen zu entwickeln, öffentlich in Frage, und blockierte eine dritte Runde von Sanktionen der Vereinten Nationen bis zum Erscheinen des IAEA-Reports im November 2007. Bei seinem historischen Besuch im Iran im Oktober 2007

versicherte er seinen Gastgebern, dass Russland sich verpflichtet sieht, den Bushehr-Reaktor fertig zu bauen und seine Überzeugung, dass der Iran friedliche Absichten hegt. Davon ausgehend, dass im Bezug auf Teherans Nuklearwaffenpläne »keine Nachrichten gute Nachrichten« sind, verurteilte Putin die Debatte über einen westlichen Militärschlag als »unangemessen und in keinem Verhältnis zu dem Verhalten des Irans stehend« und verwies er auf die Fortschritte bei der Lösung des Atomkonflikts mit Nordkorea als das geeignete Modell zur Deeskalation.

Auf der anderen Seite begann Russland zum Ende des Jahres 2006 im Stillen den Druck auf den Iran zu erhöhen, den internationalen Forderungen nach Transparenz nachzukommen. Erkennbar verärgert über Teherans Ablehnung seines Vorschlags als Zulieferer von angereichertem Uran zu fungieren, stimmte Putin zwei Runden moderater Sanktionen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu. Darauf folgten 2007 mehrere Verzögerungen beim Bau des Bushehr-Reaktors, die mit der Eskalation des amerikanischen und französischen Drucks auf Teheran zusammen fielen. Aus Frustration über das Unvermögen Teherans bis zum Ende des Jahres 2006 mehr als 60 Prozent seiner finanziellen Verbindlichkeiten nachzukommen und von anschließenden Zahlungsausfällen von vereinbarten 25 Millionen Dollar im Monat sowie Problemen bei der Lieferung von Bauteilen durch Dritte, stellte der russische Vertragspartner Atomstroiexport offen die Rentabilität des Abkommens in Frage und verschob den Betriebsbeginn des Reaktors um ein Jahr auf Ende 2008, obwohl schon 90 Prozent des Bausch schon abgeschlossen waren. Auch wenn er den Vorwurf Irans, politisch mit dem Westen unter einer Decke zu stecken, zurück wies, lehnte es Putin nichtsdestotrotz ab, anzugeben, wann Russland denn den benötigten Kernbrennstoff liefern würde, da die internationalen Siegel und Schutzmaßnahmen, die zum Transport benötigt wurden, noch nicht vorbereitet seien. Trotz der vehementen Dementi aus Teheran gegenüber diesen Anschuldigungen und dem Wunsch des Irans nach zusätzlichen Reaktorverträgen mit Russland zur Beschleunigung der technischen Unterstützung, hat sich Moskau so gut wie nicht bewegt. Indem er Russland einerseits als einen nüchternen wirtschaftlichen und politischen Partner Teherans präsentierte, während er gleichzeitig indirekt die Entwicklung des Bushehr-Reaktors verlangsamte, versuchte Putin Teheran wirtschaftliche Zugeständnisse abzurufen und gleichzeitig größeres internationales Ansehen als konstruktiver Schlichter zu erlangen.

...und Anreicherung unter internationaler Aufsicht

In ähnlicher Weise ergriff Moskau die Initiative, um das Risiko einer unbeabsichtigten Verbreitung von Nukleartechnologie, die mit dem erwarteten Anstieg des Han-

dels im Bereich der Nukleartechnologie verbunden ist, abzuschwächen. Durch die Förderung von multilateralen Garantien für nukleare Brennstofflieferungen durch die IAEA ermutigt, bot Putin an, das erste einer Reihe von Anreicherungsanlagen unter internationaler Aufsicht auf russischem Boden entstehen zu lassen. Im Jahr 2006 entwickelte sich daraus der konkrete Plan, das un- ausgelastete Angarsk Elektrolyse-Chemie-Kombinat in die erste »nicht diskriminierende und transparente« Anreicherungsanlage umzuwandeln. Diese Anlage sollte allen Staaten mit einem guten Leumund im Bezug auf den Nichtverbreitungsvertrag offen stehen, die ihr nukleares Potential entwickeln wollen aber über keine eigenen Möglichkeiten verfügen. Russland drängte potenzielle Partner, ein »Zusatzprotokoll« der IAEA für erhöhte Sicherheitsvorschriften zu akzeptieren und unterzeichnete im Oktober 2007 ein solches Dokument mit der internationalen Regulierungsbehörde um ein gutes Beispiel zu geben. Diese Anlage stellte nicht nur einen wichtigen Schritt dar, um den Umsatz nationaler Firmen anzukurbeln, sondern auch zur Erhöhung des Vertrauens in die Versorgung mit angereichertem Uran durch zwischenstaatliche Verträge und Verträge zwischen Firmen, die es den Unterzeichnern ermöglichen, zu investieren und Anteil am Besitz, Betrieb und Gewinnen der Anlage Anteil zu haben, ohne anderen Staaten Zugang zu sensiblen Anreicherungstechnologien bieten zu müssen. Der erste Vertrag wurde im Mai 2007 mit Kasachstan über gemeinsamen Uranabbau, Atomreaktorentwicklung und Versorgung von LEU für kasachische Brennstoffherstellung geschlossen. Darauf folgte ein Vertragsangebot an die Ukraine und die Erwartung, dass ähnliche Verhandlungen mit Armenien, Belarus, Südafrika und den Mitgliedsstaaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit bald folgen würden. Im Oktober 2007 bot Russland an, beginnend mit dem Jahr 2008 LEU-Reserven im Wert von 300 Millionen Dollar unter internationaler Betriebskontrolle anzulegen, um damit der Initiative einer internationalen »Brennstoffbank« der IAEA Starthilfe zu geben. Trotz ungeklärter Fragen hinsichtlich der späteren Finanzierung, Kriterien zur Erlangung der Mitgliedschaft, Verwaltung sowie Umwelt- und Sicherheitsvorkehrungen, wurde sie von der internationalen Gemeinschaft, allen voran den USA und der IAEA, als eine wichtige Komponente eines sich entwickelnden multilateralen Systems zur Durchsetzung praktikal- er Nichtverbreitungsmaßnahmen begrüßt, mit dem Ziel, die Weitergabe von auch militärisch nutzbarer Anreicherungs- und Wiederaufbereitungstechnologien an Staaten zu stoppen, die an der Nutzung von Atomenergie interessiert sind.

Jenseits des Zugriffs des Kremls

Der Erfolg dieses heiklen diplomatischen Manövers hängt jedoch letztlich von Faktoren ab, die außerhalb

der direkten Kontrolle des Kremls liegen. Auch wenn Russland durch die Entwicklung hin zu einem internationalen Showdown mit dem Iran die Möglichkeit erhält, seine eigene Rolle in diesem Konflikt zu entwickeln, besitzt es doch wenige verlässliche Hebel um die beiden Parteien in Richtung einer friedlichen Lösung zu steuern. Allgemeiner formuliert: Moskau hat nicht die wirtschaftliche Macht, um die Führung im internationalen Nuklearhandel und der Nichtverbreitung zu übernehmen. Die russischen Anbieter haben weder am Beginn noch am Ende des nuklearen Brennstoffkreislaufs Marktmacht und müssen zudem Herstellungsempfässen bei Schlüsseltechnologien, wie Reaktorturbinen und Zentrifugen begegnen. Zusammen verhindern diese Faktoren die Aussicht Wirtschaftsgeschäfte für politische Zwecke einzusetzen. Wie das Handelsabkommen über die Lieferung 4.000 Tonnen Uran aus Australien vom September 2007 zeigt, bleibt Russland von Importen abhängig um den erwarteten Anstieg im eigenen Bedarf decken zu können und besitzt auch keine Möglichkeit die Preise zu kontrollieren, ganz zu schweigen vom Anspruch ausländische Reaktoren mit Brennstoff zu versorgen. In ähnlicher Form wird das Joint Venture mit Kasachstan durch dessen Bestreben seine Uranexporte in Richtung Westen zu diversifizieren begrenzt. Auch im Bezug auf andere wirtschaftliche Nukleardeals mit Kasachstan, Kirgisistan und der Ukraine, sowie auf frühere Verträge zum Import von verbrauchtem Kernbrennstoff aus dem Ausland sind Russland wirtschaftlich die Hände gebunden. Insofern hat Russland keine Möglichkeit, seinen Partnern Verpflichtungen aufzubürden und diese dann zu nutzen, um sich über Schulden Anteile an fremden Unternehmen zu sichern. In Kombination mit der internationale Besorgnis, Russland sei nicht gewillt, die Sicherheitsstandards der IAEA zu erfüllen und das Zusage ein zu halten, importiertes Uran und die entsprechenden Technologien nicht für militärische Zwecke abzuzweigen oder Lieferungen aus politischen Gründen zurück zu halten, ist aber auch die wirtschaftliche Ausgangslage für Russland ungünstig.

Die Rezentralisierung des nuklearen Komplexes hat auch nicht notwendigerweise zu einer erhöhten Kontrolle durch den Staat geführt. Eine unnötige und unklare Hierarchie zwischen den mit der Führung des nuklearen Sektors beauftragten neuen Behörden schafft

Bedingungen, die anfällig für Rivalitäten zwischen föderaler und regionaler Ebene, zivilen und militärischen Apparaten sowie den Geheimdiensten und dem Diplomatenkorps sind. Dies wiederum erhöht das Risiko, dass gewisse Probleme, wie der nicht gesicherte Zugang für Ausländer auf den russischen Atomsektor und die Budgetkürzungen für gemeinnützige Schlüsselaktivitäten, beispielsweise Sicherheitsstandards und Umweltschutz, zementiert werden. Offensichtlich ist auch, dass staatliche Subventionen und intransparente Unternehmensführungsstrukturen nicht dazu führen, dass Bedenken ausländischer Investoren zerstreut werden, oder die sich die Rentabilität der Atomindustrie erhöht. Darüber hinaus bleibt Korruption ein Problem im ganzen nuklearen Sektor. Dies ist etwa durch die konstanten Beschwerden über »verschundene« Investitionen, Bestechlichkeit und Amtsmissbrauch der Manager, und das erhöhte Auftreten von »nicht unfallverursachten Todesfällen und Fahnenflucht« unter den Wacheinheiten der Nuklear-Städte ersichtlich. Zusammengefasst beschränken die realen Lücken zwischen Zentralisierung und Kontrolle die institutionellen Möglichkeiten des Kremls, die wirtschaftlichen einerseits und die nichtverbreitungsbezogenen Ziele andererseits in Einklang zu bringen.

Zukünftige Entwicklungen

Bei näherem Hinsehen steckt sowohl mehr als auch weniger hinter der Haltung zur Nichtverbreitung des Kremls. Mehr in dem Sinne, dass die Führung konkrete Maßnahmen ergriffen hat, die wirtschaftliche, politische und strategische Wiedergeburt des Landes für gewaltige kommerzielle Unternehmungen zu nutzen, während sie gleichzeitig am ernsthaften Einsatz für die Eingrenzung der Verbreitung von Nuklearwaffen und spaltbarem Material festhält. Gleichzeitig aber ist Moskaus Staatskunst und seine Fähigkeit, Verantwortung für die Atompolitik anderer Staaten zu übernehmen beschränkt, wenn man die tief liegenden Barrieren im Bereich des Markts und der Institutionen betrachtet: Trotz Moskaus strategischem Aktivismus kann es weder den regionalen Entscheidungsprozess oder die Märkte dominieren, noch durch eine Ermächtigung des Kremls einen räuberischen Nuklear-Leviathan, gleich seiner Präsenz im Gassektor, schaffen.

Übersetzung: Florian Munder

Über den Autor:

Adam N. Stulberg ist außerordentlicher Professor und Co-Direktor des Center for International Strategy, Technology and Policy an der Sam Nun School of International Affairs am Georgia Institute of Technology

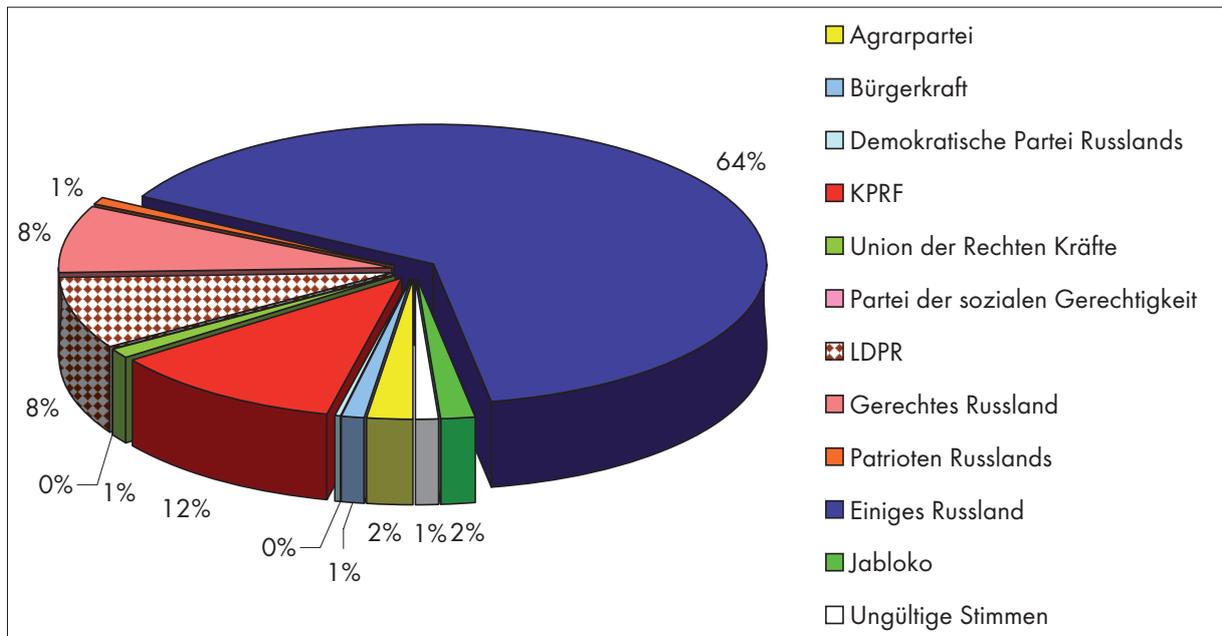
Lesetips:

- E. Sokova; C. Hansell Chuen 2007: Nuclear Power Broker. Bulletin of the Atomic Scientists September/Okttober 2007; S. 51–54.
- The United Nations DISARMAMENT YEARBOOK, Office for Disarmament Affairs, New York, 2007
<http://disarmament2.un.org/yearbook-2006/DY2006.pdf>
- SIPRI YEARBOOK 2007: Armaments, Disarmament and International Security, Publisher: Oxford University Press, ISBN 978-0-19-923021-1 – gebunden, 752 S. http://books.sipri.org/product_info?c_product_id=346

Dokumentation

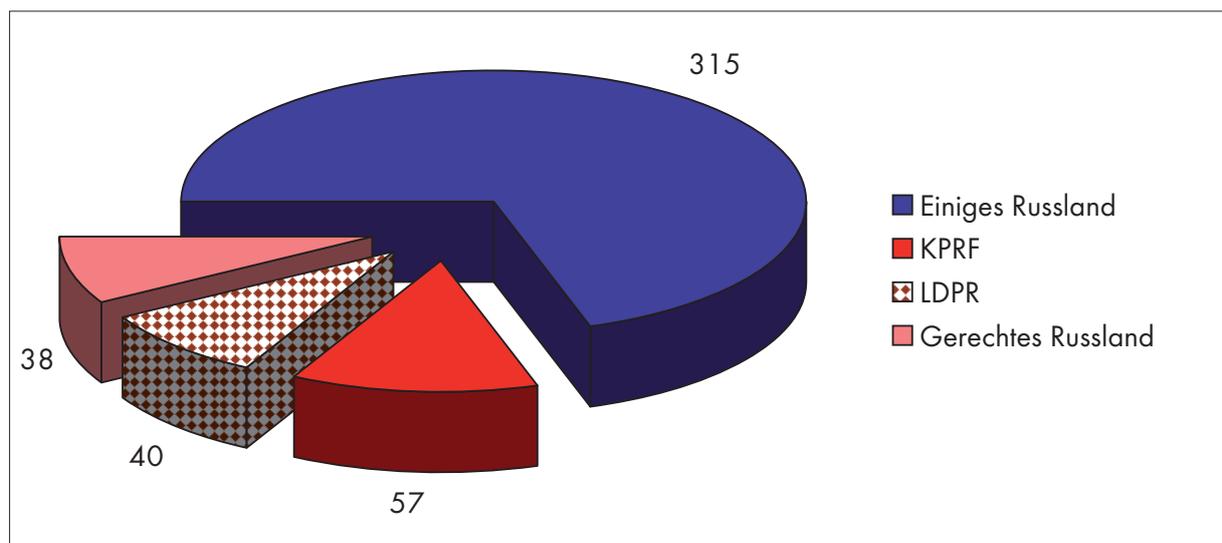
Das amtliche Endergebnis der Dumawahlen

Amtliches Endergebnis der Dumawahl (Stand 8.12.2007)



Quelle: vgl. Tabelle S. 17

Sitzverteilung in der neuen Duma



Quelle: <http://www.gazeta.ru/politics/elections2007/>

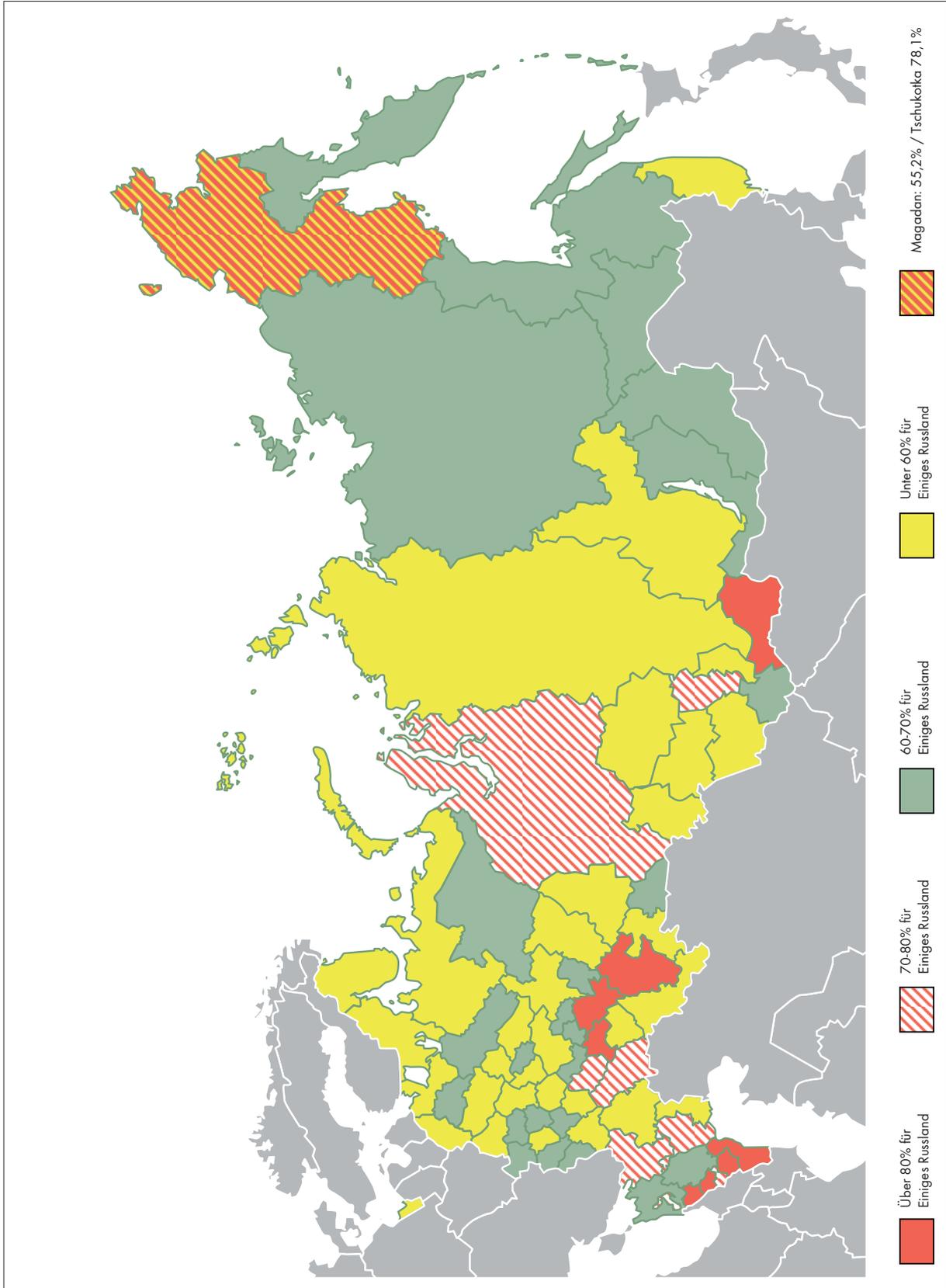
Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007

		absolut	in %
1	Wahlberechtigte	109.145.517	
2	An die Wahlkommissionen ausgegebene Stimmzetteln	101.721.136	
3	Stimmzettel an Wähler, die vorzeitig abstimmen	147.966	
4	Stimmzettel an Wähler zur Abstimmung in Wahlräumen	65.033.458	
5	Stimmzettel an Wähler zur Abstimmung außerhalb von Wahlräumen	4.428.022	
6	Entwertete Stimmzettel	32.107.101	
7	Stimmzettel in mobilen Urnen	4.574.589	
8	Stimmzettel in ortsfesten Urnen	64.962.476	
9	Ungültige Stimmen	759.929	
10	Gültige Stimmen	68.777.136	
11	Wahlscheine (von Wahlkommissionen eingenommen)	2.146.028	
12	Wahlscheine (von Wahlkommissionen ausgegeben)	1.480.696	
13	Wähler, die mit Wahlscheinen abgestimmt haben	1.169.149	
14	Entwertete Wahlscheine	665.300	
15	Wahlscheine der Territorialen Wahlkommission	108.599	
16	Verlorengegangene Stimmzettel	4.751	
17	Stimmzettel, die bei Erhalt nicht gewertet wurden	162	
18	Agrarpartei	1.600.234	2,30%
19	Bürgerkraft	733.604	1,05%
20	Demokratische Partei Russlands	89.780	0,13%
21	KPRF	8.046.886	11,57%
22	Union der Rechten Kräfte	669.444	0,96%
23	Partei der sozialen Gerechtigkeit	154.083	0,22%
24	LDPR	5.660.823	8,14%
25	Gerechtes Russland	5.383.639	7,74%
26	Patrioten Russlands	615.417	0,89%
27	Einiges Russland	44.714.241	64,30%
28	Jabloko	1.108.985	1,59%
	Ungültige Stimmen	759.929	1,09%

Nach: <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/>

izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100021960186&type=242, 10. Dezember 2007

Ergebnisse für »Einiges Russland« in den Dumawahlen am 2. Dezember 2007



Karte: © Hans-Henning Schröder

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

	Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Russische Föderation	2,30%	1,05%	0,13%	11,57%	0,96%	0,22%	8,14%	7,74%	0,89%	64,30%	1,59%	63,71%
Republik Adygeja	1,53%	0,57%	0,11%	12,22%	0,27%	0,15%	5,86%	5,23%	1,00%	70,97%	0,79%	60,94%
Republik Altai	2,90%	0,37%	0,16%	7,99%	0,71%	0,15%	6,45%	9,45%	0,98%	69,46%	0,52%	68,33%
Republik Baschkortostan	Birskaja	0,74%	0,17%	4,55%	0,14%	0,08%	1,66%	1,78%	0,31%	89,44%	0,23%	94,36%
	Salawatskaja	0,74%	0,18%	8,81%	0,16%	0,08%	1,85%	2,70%	0,25%	84,26%	0,22%	89,64%
	Sterlitimakskaja	0,51%	0,14%	0,05%	5,61%	0,20%	1,52%	5,67%	0,26%	85,19%	0,20%	91,62%
Republik Burjatien	Ufimskaja	0,90%	0,67%	10,93%	0,71%	0,24%	3,82%	6,60%	0,61%	73,56%	1,09%	83,83%
		1,31%	0,39%	10,67%	0,54%	0,16%	6,90%	10,29%	0,56%	65,59%	0,91%	58,65%
Republik Dagestan	Derbentskaja	0,13%	0,02%	8,37%	0,03%	0,01%	0,87%	1,09%	0,24%	88,90%	0,05%	91,64%
	Machačkalskaja	0,20%	0,03%	9,00%	0,03%	0,03%	0,40%	0,34%	0,09%	89,47%	0,04%	91,83%
Republik Inguschetien		0,08%	0,06%	0,14%	0,04%	0,04%	0,28%	0,35%	0,04%	98,72%	0,14%	98,35%
Republik Kabardino-Balkarien		0,12%	0,03%	1,72%	0,02%	0,02%	0,41%	1,28%	0,11%	96,12%	0,06%	96,68%
Republik Kalmykien		2,90%	0,46%	11,72%	0,63%	0,11%	3,37%	5,70%	0,73%	72,43%	0,53%	66,79%
Republik Karatschajewo-Tscherkessien		0,16%	0,05%	3,66%	0,04%	0,08%	1,90%	0,29%	0,60%	92,90%	0,09%	92,44%
Republik Kareljen		1,73%	1,42%	10,75%	0,72%	0,29%	10,38%	11,24%	1,06%	57,28%	3,98%	54,90%
Republik Komi		2,99%	1,04%	9,53%	0,89%	0,21%	11,42%	8,41%	0,76%	62,06%	1,32%	65,11%
Republik Mari El		3,49%	0,81%	10,59%	0,63%	0,23%	7,52%	6,40%	0,81%	67,54%	0,87%	78,53%
Republik Mordwinien		0,18%	0,10%	3,73%	0,09%	0,03%	0,95%	0,71%	0,14%	93,41%	0,12%	94,49%
Republik Sacha (Jakurien)		1,80%	0,51%	9,48%	2,13%	0,25%	6,26%	13,19%	0,53%	63,99%	0,73%	70,33%
Republik Nordossetien	Alanija	2,36%	0,47%	10,88%	0,91%	0,34%	2,81%	6,51%	0,84%	71,60%	0,46%	60,12%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse (Fortsetzung)

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Republik Tatarstan	Moskovskaja	0,64%	0,36%	0,09%	4,68%	0,58%	0,12%	3,48%	3,15%	0,27%	85,08%	0,73%	88,00%
	Naberežnočelninskaja	0,83%	0,40%	0,12%	8,14%	0,40%	0,18%	3,23%	5,59%	0,25%	79,66%	0,55%	84,82%
Republik Tuwa	Nefrijanaja	0,79%	0,33%	0,11%	8,04%	0,35%	0,18%	2,57%	4,25%	0,26%	81,69%	0,44%	89,71%
	Central'naja	0,72%	0,72%	0,19%	5,76%	1,12%	0,25%	6,60%	4,16%	0,52%	77,55%	1,57%	78,94%
Republik Udmurtien		0,59%	0,18%	0,06%	2,99%	0,12%	0,20%	2,09%	2,55%	0,76%	89,21%	0,20%	80,85%
		2,07%	0,99%	0,15%	10,61%	0,74%	0,24%	10,97%	8,62%	2,54%	60,57%	0,94%	61,26%
Republik Chakassien		2,69%	0,86%	0,14%	12,88%	0,65%	0,21%	11,32%	5,32%	4,51%	59,53%	0,93%	54,88%
		0,04%	0,03%	0,03%	0,13%	0,08%	0,03%	0,06%	0,06%	0,04%	99,36%	0,05%	99,46%
Republik Tschuwaschien	Čuvašija	1,50%	0,63%	0,13%	12,64%	0,39%	0,20%	8,49%	10,32%	1,26%	62,27%	0,75%	70,64%
	Barnaul'skaja	3,29%	1,14%	0,15%	16,46%	1,92%	0,24%	11,53%	9,88%	1,32%	51,11%	1,93%	60,32%
Region Altai	Bijskaja	4,04%	0,47%	0,12%	17,25%	0,78%	0,18%	10,29%	8,30%	0,75%	56,00%	0,84%	60,15%
	Rubcovskaja	4,99%	0,38%	0,10%	16,93%	0,82%	0,15%	9,50%	8,02%	0,66%	56,93%	0,59%	62,27%
Region Krasnodar	Kanevskaja	2,26%	0,50%	0,13%	13,94%	0,31%	0,14%	7,39%	7,95%	0,64%	64,44%	0,53%	67,80%
	Krasnodarskaja	2,01%	1,52%	0,18%	17,47%	0,78%	0,25%	8,54%	7,30%	1,25%	56,83%	2,00%	60,86%
Region Krasnojarsk	Krymskaja	1,91%	0,63%	0,16%	15,15%	0,46%	0,17%	7,33%	8,88%	0,86%	61,84%	0,78%	65,75%
	Sočinskaja	1,77%	1,06%	0,17%	11,57%	0,78%	0,18%	8,66%	8,64%	0,81%	63,09%	1,42%	62,08%
Region Krasnojarsk	Ust'-Labinskaja	1,99%	0,60%	0,15%	14,13%	0,50%	0,18%	8,25%	6,96%	0,74%	63,76%	0,84%	67,34%
	Ačinsko-Minusinskaja	2,77%	0,60%	0,14%	13,51%	1,01%	0,19%	10,89%	7,13%	0,88%	60,97%	0,72%	63,45%
	Krasnojarskaja	2,49%	1,18%	0,15%	12,68%	1,92%	0,25%	9,58%	10,16%	0,99%	57,58%	1,68%	52,88%
	Noril'sko-Kanskaja	2,32%	0,73%	0,12%	11,95%	1,06%	0,23%	11,10%	6,70%	0,66%	63,09%	0,80%	62,58%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse (Fortsetzung)

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Region Primorje	Severnaja	2,99%	0,71%	0,13%	12,08%	0,55%	0,25%	13,12%	8,93%	0,88%	58,24%	0,95%	61,33%
	Južnaja	2,24%	1,42%	0,19%	11,73%	1,16%	0,33%	13,80%	11,33%	2,06%	51,53%	2,44%	53,10%
Region Stawropol	Pjatigorskaja	1,75%	0,66%	0,10%	11,46%	0,65%	0,15%	6,45%	13,74%	0,65%	62,39%	1,00%	54,33%
	Stawropol'skaja	2,02%	0,70%	0,09%	10,74%	0,86%	0,16%	7,33%	13,16%	0,77%	62,02%	1,15%	56,77%
Region Chabarowsk		1,80%	1,03%	0,19%	10,98%	0,93%	0,27%	13,39%	6,81%	1,08%	60,68%	1,65%	61,39%
Gebiet Amur		1,60%	0,54%	0,11%	10,16%	1,44%	0,18%	10,13%	3,93%	0,63%	69,75%	0,67%	67,85%
Gebiet Archangelsk		3,97%	1,36%	0,14%	11,16%	0,94%	0,35%	10,62%	11,03%	0,89%	56,72%	2,12%	54,27%
Gebiet Astrachan		1,12%	0,60%	0,11%	9,70%	0,41%	0,17%	6,75%	20,17%	0,85%	58,00%	0,75%	62,35%
Gebiet Belgorod		1,81%	0,68%	0,11%	15,65%	0,37%	0,18%	6,44%	6,51%	0,72%	65,39%	0,97%	74,17%
Gebiet Brjansk		2,24%	0,78%	0,10%	17,09%	0,39%	0,20%	6,53%	8,40%	0,83%	61,77%	0,76%	56,80%
Gebiet Wladimir		3,50%	1,03%	0,13%	14,40%	0,75%	0,31%	10,09%	9,21%	1,22%	56,75%	1,33%	60,02%
Gebiet Wolgograd	Volgogradskaja	2,77%	1,27%	0,12%	15,50%	0,74%	0,21%	9,90%	11,56%	0,94%	53,93%	2,22%	50,44%
	Volžskaja	3,95%	0,80%	0,10%	15,66%	0,43%	0,20%	8,55%	9,62%	0,67%	58,02%	1,15%	55,97%
	Michajlovskaja	6,34%	0,45%	0,10%	15,96%	0,25%	0,15%	8,73%	5,45%	0,61%	60,71%	0,52%	64,35%
Gebiet Wologda		5,41%	1,19%	0,11%	9,28%	0,74%	0,21%	11,00%	8,81%	0,80%	60,47%	1,13%	64,42%
Gebiet Woronesch	Voronežskaja	2,47%	1,49%	0,16%	21,83%	0,80%	0,22%	12,25%	8,67%	0,83%	48,16%	1,99%	58,28%
	Pavlovskaja	2,71%	0,41%	0,10%	12,08%	0,20%	0,14%	8,52%	9,54%	0,64%	64,18%	0,45%	74,80%
Gebiet Iwanowo		4,16%	1,18%	0,11%	10,94%	0,92%	0,27%	10,38%	8,13%	1,00%	60,76%	1,27%	55,03%
Gebiet Irkutsk	Bratskaja	3,34%	0,54%	0,14%	9,93%	0,97%	0,21%	11,60%	8,40%	0,79%	62,01%	0,96%	61,10%
	Irkutskaja	3,94%	1,03%	0,17%	11,65%	2,02%	0,31%	11,39%	10,01%	0,93%	55,30%	1,97%	57,26%
Gebiet Kaliningrad		1,94%	1,80%	0,16%	13,80%	0,77%	0,24%	10,17%	8,17%	2,20%	57,38%	2,21%	57,11%
Gebiet Kaluga		3,03%	1,10%	0,13%	13,42%	0,82%	0,22%	8,23%	7,64%	1,26%	61,65%	1,60%	55,95%
Gebiet Kemerowo		1,25%	0,74%	0,11%	7,18%	0,59%	0,18%	7,49%	3,36%	0,49%	76,82%	0,91%	77,99%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse (Fortsetzung)

	Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Gebiet Kirow	6,70%	1,03%	0,14%	11,65%	0,75%	0,34%	12,07%	8,16%	1,37%	55,38%	1,28%	71,09%
Gebiet Kostroma	4,33%	0,86%	0,11%	13,26%	0,76%	0,23%	10,44%	11,12%	0,79%	56,36%	1,06%	61,56%
Gebiet Kurgan	3,95%	0,69%	0,11%	11,34%	0,52%	0,20%	10,50%	5,82%	0,92%	64,43%	0,79%	65,06%
Gebiet Kursk	1,79%	0,62%	0,17%	11,54%	0,45%	0,18%	8,76%	10,87%	0,80%	62,74%	0,87%	63,20%
Gebiet Leningrad	2,73%	1,18%	0,10%	10,78%	1,09%	0,21%	8,64%	12,68%	0,84%	59,23%	1,69%	53,60%
Gebiet Lipezk	2,00%	0,79%	0,12%	13,03%	0,45%	0,19%	9,65%	8,06%	1,30%	62,30%	0,93%	65,14%
Gebiet Magadan	1,94%	1,80%	0,16%	11,68%	0,73%	0,31%	15,41%	8,69%	1,53%	55,31%	1,39%	60,30%
	2,90%	1,56%	0,14%	15,15%	1,57%	0,31%	7,23%	6,73%	1,38%	59,06%	2,69%	59,33%
Dmitrowskaja	2,73%	1,34%	0,14%	13,18%	1,23%	0,28%	7,84%	7,41%	1,28%	61,32%	2,00%	64,13%
Istrinskaja	2,75%	0,96%	0,14%	14,49%	0,87%	0,25%	7,92%	7,89%	1,02%	60,98%	1,44%	57,48%
Kolomenskaja	2,77%	1,79%	0,16%	14,48%	1,67%	0,37%	7,65%	6,42%	1,38%	59,06%	2,97%	58,88%
Ljubereckaja	2,76%	1,34%	0,13%	14,18%	1,27%	0,27%	8,03%	6,60%	1,21%	60,57%	2,28%	63,79%
Noginskaja	2,68%	1,41%	0,14%	12,54%	1,21%	0,29%	7,88%	6,34%	1,29%	62,73%	2,19%	64,23%
Podol'skaja	2,82%	1,30%	0,13%	14,50%	1,16%	0,25%	7,91%	7,62%	1,11%	59,82%	2,01%	62,85%
Serpuchovskaja	3,08%	1,64%	0,15%	13,39%	1,57%	0,31%	8,02%	8,12%	1,27%	58,33%	2,69%	61,27%
Chimkinskaja	2,13%	1,61%	0,14%	11,14%	0,68%	0,29%	12,96%	11,71%	1,16%	55,11%	1,97%	58,10%
Gebiet Murmansk	2,34%	0,68%	0,10%	12,05%	0,34%	0,19%	9,05%	7,92%	0,70%	65,01%	0,68%	65,85%
Arzamasskaja	2,30%	0,99%	0,13%	13,71%	1,08%	0,21%	7,94%	10,89%	0,66%	59,73%	1,38%	54,47%
Gebiet Nischni Nowgorod	2,29%	1,61%	0,15%	13,67%	2,26%	0,27%	7,63%	13,37%	0,84%	54,51%	2,20%	51,91%
Kstovskaja	2,53%	0,77%	0,09%	10,97%	0,63%	0,21%	9,73%	10,62%	0,58%	62,18%	0,86%	56,94%
Nizgorodskaja	2,56%	1,00%	0,15%	10,83%	0,46%	0,23%	9,55%	8,28%	1,73%	63,13%	1,29%	63,62%
Semenovskaja	2,40%	1,25%	0,14%	17,41%	1,33%	0,25%	8,60%	7,02%	0,98%	57,60%	2,00%	56,52%
Gebiet Nowgorod	3,69%	0,38%	0,11%	13,41%	0,46%	0,15%	9,25%	6,70%	0,61%	63,73%	0,47%	62,72%
Zael'covskaja	2,20%	1,54%	0,16%	18,25%	1,57%	0,29%	8,27%	7,96%	0,96%	55,25%	2,47%	54,67%
Gebiet Nowosibirsk												
Iskitimskaja												
Novosibirskaja												

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse (Fortsetzung)

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Gebiet Omsk	Omskaja	2,66%	0,54%	0,20%	12,70%	0,81%	0,19%	8,53%	5,00%	0,74%	66,50%	0,71%	72,42%
	Central'naja	2,64%	1,48%	0,21%	17,69%	2,21%	0,30%	10,68%	8,03%	1,21%	51,44%	2,76%	55,71%
Gebiet Orenburg	Novotroickaja	3,08%	0,54%	0,13%	12,66%	0,63%	0,18%	9,10%	9,35%	0,91%	61,88%	0,62%	57,84%
	Orenburgskaja	2,86%	0,80%	0,13%	13,93%	1,05%	0,22%	9,33%	9,17%	1,59%	58,64%	1,33%	55,19%
Gebiet Orjol		1,77%	1,11%	0,15%	17,58%	0,67%	0,20%	8,21%	7,26%	1,05%	59,85%	0,82%	71,01%
Gebiet Pensa		1,42%	0,59%	0,11%	13,09%	0,32%	0,16%	5,86%	5,00%	0,73%	70,31%	0,99%	69,72%
Gebiet Pskow		3,12%	1,08%	0,15%	14,33%	0,49%	0,22%	9,20%	11,14%	1,01%	56,73%	1,72%	65,44%
	Volgodonskaja	1,81%	0,36%	0,06%	8,53%	0,21%	0,14%	4,75%	5,63%	0,43%	76,96%	0,51%	72,66%
Gebiet Rostow	Kamenskaja	1,90%	0,33%	0,08%	9,40%	0,21%	0,15%	6,08%	6,58%	0,49%	73,81%	0,44%	68,69%
	Novočerkasskaja	1,64%	0,48%	0,08%	9,98%	0,46%	0,16%	5,47%	6,38%	0,47%	73,60%	0,70%	66,25%
	Rostovskaja	1,26%	1,14%	0,13%	11,88%	1,02%	0,27%	4,90%	7,00%	0,69%	68,57%	2,46%	67,03%
	Taganrogskaja	1,49%	0,92%	0,13%	13,21%	0,89%	0,22%	5,66%	7,93%	0,68%	65,87%	2,14%	63,10%
Gebiet Rjasan		2,49%	0,98%	0,13%	15,60%	0,62%	0,29%	9,97%	8,78%	1,10%	57,10%	1,90%	57,25%
Gebiet Samara	Volžskaja	1,99%	0,78%	0,12%	14,30%	1,05%	0,17%	9,50%	9,12%	0,64%	60,43%	0,73%	57,93%
	Samarskaja	2,20%	2,01%	0,13%	19,14%	1,88%	0,22%	8,62%	10,27%	0,86%	51,36%	2,40%	44,63%
	Tol'jattinskaja	2,45%	1,88%	0,13%	17,72%	1,25%	0,20%	9,86%	7,94%	0,65%	55,49%	1,38%	54,15%
Gebiet Saratow	Balakovskaja	1,86%	0,39%	0,11%	10,25%	0,18%	0,16%	5,16%	8,32%	0,65%	70,32%	0,85%	65,28%
	Balašovskaja	1,76%	0,47%	0,12%	11,19%	0,25%	0,15%	6,28%	8,20%	0,50%	68,34%	0,86%	65,94%
Gebiet Sachalin	Saratovskaja	2,32%	1,32%	0,16%	16,19%	1,05%	0,26%	7,39%	11,41%	0,81%	54,08%	3,41%	54,02%
		1,09%	0,95%	0,14%	14,55%	0,50%	0,21%	10,07%	5,99%	0,96%	62,96%	1,36%	54,39%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse (Fortsetzung)

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Gebiet Swerdlowsk	Kamensk-Ural'skaja	2,22%	3,32%	0,10%	8,18%	0,93%	0,27%	11,08%	6,19%	0,69%	64,77%	1,27%	61,02%
	Nižnetagil'skaja	2,12%	2,87%	0,13%	7,46%	1,27%	0,32%	11,95%	7,97%	0,71%	62,46%	1,59%	64,15%
	Pervoural'skaja	2,29%	4,01%	0,14%	7,74%	1,94%	0,31%	10,26%	8,38%	0,75%	60,92%	2,25%	57,09%
	Serovskaja	2,20%	1,94%	0,11%	6,86%	1,05%	0,27%	12,35%	6,25%	0,68%	66,47%	0,92%	61,67%
	Central'naja	2,08%	5,97%	0,19%	8,05%	3,37%	0,39%	9,50%	8,61%	0,83%	55,74%	4,13%	59,07%
Gebiet Smolensk		2,63%	0,89%	0,15%	15,35%	0,67%	0,19%	12,00%	9,77%	1,24%	53,92%	1,43%	54,83%
Gebiet Tambow		3,15%	0,67%	0,12%	19,17%	0,46%	0,17%	7,68%	5,89%	0,73%	59,79%	1,17%	61,54%
Gebiet Twer		3,56%	1,00%	0,10%	13,43%	0,71%	0,21%	9,71%	8,41%	0,86%	59,71%	1,53%	57,46%
Gebiet Tomsk		1,53%	1,40%	0,17%	10,84%	1,95%	0,27%	13,20%	7,71%	1,14%	58,41%	1,99%	59,18%
Gebiet Tula	Novomoskovskaja	2,22%	0,64%	0,13%	13,61%	0,62%	0,19%	6,99%	9,55%	0,93%	63,14%	1,04%	58,10%
	Tul'skaja	2,16%	1,20%	0,16%	13,15%	0,94%	0,28%	7,27%	10,01%	1,13%	60,25%	2,46%	55,71%
Gebiet Tjumen		1,45%	0,70%	0,12%	6,74%	0,67%	0,18%	9,62%	4,16%	0,83%	73,57%	0,82%	80,41%
Gebiet Uljanowsk		2,13%	0,81%	0,10%	11,35%	0,43%	0,17%	7,96%	8,25%	0,85%	66,24%	0,82%	63,90%
	Zlatoustovskaja	2,19%	0,94%	0,12%	13,07%	0,89%	0,25%	9,07%	9,70%	0,88%	59,37%	2,32%	64,70%
Gebiet Tscheljabinsk	Kalinskaja	2,33%	1,46%	0,14%	12,49%	1,25%	0,34%	9,96%	10,03%	0,95%	56,50%	3,22%	68,22%
	Kyštym'skaja	2,16%	0,84%	0,12%	10,22%	0,67%	0,26%	9,30%	9,47%	0,91%	63,53%	1,26%	65,62%
	Magnitogorskaja	1,88%	0,66%	0,14%	8,33%	0,56%	0,22%	9,47%	10,49%	0,86%	65,14%	1,02%	70,38%
Gebiet Tschita		2,91%	0,45%	0,13%	8,74%	0,39%	0,18%	15,03%	7,04%	0,78%	62,75%	0,52%	66,21%
Gebiet Jaroslawl		4,12%	1,55%	0,11%	11,61%	0,81%	0,30%	13,13%	12,07%	0,69%	53,17%	1,58%	62,32%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse (Fortsetzung)

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Stadt Moskau	Vostočnaja	3,10%	2,58%	0,20%	13,81%	2,67%	0,42%	7,71%	8,63%	1,48%	51,75%	6,11%	54,38%
	Donskaja	2,82%	2,52%	0,21%	13,56%	2,69%	0,41%	7,28%	7,54%	1,35%	54,88%	5,28%	56,29%
	Kuncevskaja	3,13%	2,75%	0,24%	15,16%	3,31%	0,42%	7,61%	8,22%	1,52%	49,83%	6,30%	52,63%
	Ljublinskaja	2,65%	2,16%	0,18%	11,70%	1,91%	0,40%	7,28%	7,33%	1,28%	59,61%	4,18%	58,71%
	Medvedkovskaja	2,96%	2,33%	0,22%	12,86%	2,32%	0,43%	7,61%	8,05%	1,44%	54,92%	5,25%	54,57%
	Tušinskaja	3,20%	2,82%	0,22%	14,37%	2,87%	0,47%	7,90%	8,36%	1,39%	51,36%	5,66%	52,29%
	Caricynskaja	2,33%	1,74%	0,20%	11,94%	1,69%	0,39%	6,59%	6,65%	1,17%	62,64%	3,38%	57,68%
	Central'naja	2,20%	2,30%	0,20%	14,37%	3,78%	0,52%	5,38%	6,16%	1,14%	55,68%	6,74%	61,10%
	Čeremuškinskaja	3,00%	2,93%	0,21%	14,80%	3,76%	0,47%	6,97%	7,87%	1,64%	49,83%	7,01%	52,09%
	Šeremet'evskaja	3,12%	2,75%	0,21%	15,41%	3,53%	0,41%	7,45%	8,40%	1,50%	49,09%	6,53%	51,42%
Stadt Sankt Petersburg	Vostočnaja	2,43%	1,97%	0,12%	12,11%	2,02%	0,23%	7,86%	14,90%	0,96%	52,45%	4,15%	50,49%
	Zapadnaja	2,47%	2,08%	0,15%	12,50%	2,31%	0,25%	7,80%	13,82%	0,96%	52,26%	4,47%	51,99%
	Severnaja	2,33%	2,43%	0,15%	12,62%	2,80%	0,26%	7,46%	14,80%	1,13%	49,67%	5,46%	51,58%
	Central'naja	2,25%	2,35%	0,15%	12,38%	3,24%	0,25%	7,07%	16,23%	1,01%	47,89%	6,20%	51,38%
	Južnaja	2,56%	2,23%	0,14%	12,69%	2,64%	0,24%	7,19%	16,00%	0,98%	49,17%	5,27%	51,92%
Jüdisches Autonomes Gebiet	1,36%	0,66%	0,19%	14,09%	0,94%	0,23%	8,50%	4,63%	0,58%	66,22%	0,83%	64,55%	
Autonomer Kreis der Burjaten von Aginsk	2,08%	0,20%	0,05%	4,50%	0,19%	0,11%	6,07%	2,37%	0,29%	83,24%	0,34%	86,42%	
Autonomer Kreis der Nenzen	4,43%	1,90%	0,18%	12,38%	1,10%	0,42%	13,03%	10,03%	4,28%	48,78%	1,62%	52,48%	
Autonomer Kreis der Burjaten von Ust-Ordinsk	9,62%	0,25%	0,10%	5,74%	0,32%	0,16%	4,65%	4,98%	1,32%	71,73%	0,37%	75,40%	

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse (Fortsetzung)

		Wahlbeteiligung	Jabloko	Einiges Russland	Patrioten Russlands	Gerechtes Russland	LDPR	Partei der sozialen Gerechtigkeit	Union der Rechten Kräfte	KPRF	Demokratische Partei Russlands	Bürgerkraft	Agrarpartei			
Autonomer Kreis der Chanten und Mansen	Jugra	67,08%	1,15%	65,96%	1,19%	6,29%	13,18%	0,24%	0,54%	7,07%	0,14%	1,12%	1,91%			
Autonomer Kreis der Tschuktschen		78,66%	0,94%	78,13%	0,49%	2,77%	7,44%	0,20%	0,30%	3,05%	0,11%	0,88%	1,20%			
Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen		84,87%	0,58%	79,35%	0,38%	4,69%	7,72%	0,16%	0,37%	4,15%	0,11%	0,69%	0,75%			
Gebiet Perm	Severnaja	55,08%	1,02%	67,60%	0,90%	5,71%	12,33%	0,16%	1,29%	6,50%	0,13%	0,65%	2,71%			
	Central'naja	51,72%	2,89%	54,07%	1,13%	7,16%	12,20%	0,26%	3,60%	11,73%	0,20%	2,49%	2,86%			
	Južnaja	57,67%	1,00%	63,56%	0,85%	5,99%	12,83%	0,19%	1,26%	8,93%	0,13%	0,84%	3,39%			
Gebiet Kamtschatka		56,95%	1,47%	63,67%	2,12%	6,14%	11,45%	0,26%	0,52%	8,06%	0,21%	1,39%	2,11%			
Stadt Bajkonur (Kazachstan)		78,44%	1,43%	74,01%	0,68%	4,00%	8,44%	0,20%	0,94%	6,65%	0,10%	1,11%	1,58%			
Wahllokale außerhalb der Grenzen der Russischen Föderation		71,93%	2,83%	78,24%	0,62%	3,53%	4,20%	0,16%	1,91%	6,11%	0,12%	0,89%	0,60%			

Nach: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&ivd=1001000021960186&vrm=1001000021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&prnetvd=null&vibid=1001000021960186&type=233, 10. Dezember 2007

Chronik

Vom 6. bis zum 13. Dezember 2007

6.12.2007	Wladimir Ruschajlo, früher Innenminister und heute Exekutivdirektor der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, wird vom Parlament des Gebiets Archangelsk zum Vertreter im Föderationsrat ernannt.
6.12.2007	Der Präsident von Kalmykien, Kirsan Iljumshinov, entlässt seinen Ministerpräsidenten und beauftragt den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Kalmykiens, Wladimir Senglejew, mit der Regierungsneubildung.
6.12.2007	Präsident Putin verzichtet auf die Wahrnehmung seines Abgeordnetenmandats.
6.12.2007	Die WAZ-Gruppe teilt mit, dass sie die Mehrheit an der regionalen Wochenzeitung »Sloboda« in Tula übernommen hat. Damit steigt das Unternehmen in den russischen Pressemarkt ein.
6.12.2007	Oleg Shukowskij, ein hochrangiger Manager der Wneschtorgbank, der für Verbindung mit der Forstindustrie zuständig war, wird tot im leeren Swimming pool seines Moskauer Hauses aufgefunden. Der Tod ist offenbar durch Fremdeinwirkung eingetreten.
7.12.2007	Treffen des NATO-Russlandsrates in Brüssel auf Außenministerebene. Auf der Agenda steht u.a. die Kosovo-Frage.
7.12.2007	Die russischen Medien berichten, dass die putinnahe Jugendorganisation »Naschi« (»Unsere«) Gruppen für Kinder zwischen 8 und 15 Jahren bilden will. Sie sollen den Namen »Mischki« (Kosename für kleine Bären) tragen.
8.12.2007	Die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht das amtliche Endergebnis der Dumawahl. Bei einer Wahlbeteiligung von 63,71% erhielt Einiges Russland 64,30%, die KPRF 11,57%, die LDPR LDPR 8,14% und Gerechtes Russland 7,74%. Die übrigen Parteien blieben unter der 7%-Grenze.
8.12.2007	Die russischen Raketentruppen melden den erfolgreichen Test einer Interkontinentalrakete vom Typ RS-12M Topol (SS-25 Sickle), die in Kapustin Jar gestartet worden ist.
8.12.2007	Das französische Kraftfahrzeugunternehmen Renault erwirbt ein Viertel der Anteile des russischen Automobilkonzerns AwtoWAZ. Der Marktpreis dieser Anteile beträgt gegenwärtig 5,7 Mrd. US\$.
9.12.2007	In Newinomyssk (Region Stawropol) explodiert eine Bombe in einem Autobus. Zwei Passagiere werden getötet, neun weitere verletzt.
10.12.2007	Putin unterstützt die Kandidatur des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew für das Amt des russischen Präsidenten. Medwedjew wird von einer Koalition aus vier Parteien (Einiges Russland, Gerechtes Russland, Bürgerkraft und Agrarpartei) aufgestellt.
10.12.2007	Der Milliardär Suleman Kerimow wird als Vertreter des dagestanischen Parlaments im Föderationsrat bestätigt. Sein Vorgänger, Ataj Alijew, war aus unbekanntenen Gründen zurückgetreten.
11.12.2007	Präsidentenwahlkandidat Dmitrij Medwedjew bietet Präsident Putin an, nach den Präsidentschaftswahlen das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen.
11.12.2007	Putin spricht vor der Russischen Industrie- und Handelskammer und plädiert dafür, dass der Staat weniger Einfluss auf die Wirtschaft nimmt. Er wendet sich auch gegen eine Monopolisierung Russlands durch Staatskonzerne.
11.12.2007	Kurban Paschajew, Richter am Höchsten Gerichtshofs Dagestans, wird vor seinem Haus von Unbekannten erschossen.
12.12.2007	Die Suspendierung des KSE-Vertrages durch Russland tritt in Kraft.
12.12.2007	Das russische Außenministerium erklärt, dass der British Council seine Regionalbüros in Russland am 1.1.2008 schließen müsse, da ihre Tätigkeit keine gesetzlicher Grundlage habe.
12.12.2007	In Moskau vereinbaren der russische Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew und sein polnischer Amtskollege, Marek Sawicki, die Aufhebung des Importverbots für polnisches Fleisch. Ein entsprechendes Abkommen werden die Veterinärdienste beider Länder in der nächsten Woche unterzeichnen.
13.12.2007	Putin beruft die erste Sitzung der neuen Duma für den 24.12.2007 ein.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themen-bereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de